



Konjunkturberichte

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahreswende 2021/2022

Jahrgang 73 (2022) Heft 1

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Dr. Stefan Rumpf (Administrativer Vorstand)

© RWI 20212

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt
Konzeption und Gestaltung: Julica Marie Bracht, Daniela Schwindt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland
zur Jahreswende 2021/2022

ISSN 1861-6305 (online)

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland
zur Jahreswende 2021/2022**

Jahrgang 73 (2022)

Heft 1





Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Krieg in der Ukraine belastet die Weltwirtschaft und bringt weiteren Inflationsschub

Daniela Grozea-Helmenstein, Florian Kirsch und Klaus Weyerstraß

Kurzfassung	5
Summary	7
1. Überblick.....	9
1.1 Aktuelle Lage	9
1.2 Ausblick	11
1.3 Risiken	14
2. Die Regionen im Einzelnen.....	20
2.1 USA: Wirtschaft überwindet pandemiebedingten Einbruch, Preise steigen stark.....	20
2.2 Japan: zögerliche Erholung der Wirtschaft nach der Rezession	22
2.3 Unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern..	23
2.4 Euro-Raum: Krieg in der Ukraine belastet die Konjunktur	25
2.5 Vereinigtes Königreich: Wirtschaftsleistung hat Vorpandemieniveau erreicht	32
2.6 Mittel- und Osteuropa: Krieg in der Ukraine dämpft Wirtschaftsaussichten	34
2.7 Russland: Wirtschaft stürzt in eine schwere Rezession	36
Literatur	37
Kasten Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine.....	15

Inhalt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Gestiegene Energiepreise belasten die Erholung

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Robin Jessen, Philip Schacht und Anne Steuernagel

Kurzfassung	39
Summary	41
1. Zusätzliche Belastungen der wirtschaftlichen Erholung.....	43
2. Wirtschaftliche Auftriebskräfte überwiegen	44
2.1 Hohe Energiepreise belasten das Verarbeitende Gewerbe.....	52
2.2 Neue Belastungen für den Außenhandel.....	54
2.3 Ukrainekrieg mit weitreichenden Folgen für die Ausrüstungsinvestitionen	54
2.4 Realer Konsum durch Inflation gedämpft	57
2.5 Schwächerer Zuwachs beim Staatskonsum	57
2.6 Arbeitsmarkt kommt stabil durch den Winter	58
2.7 Lohnanstieg bleibt hinter der Inflation zurück	63
2.8 Energiepreise treiben die Inflation	65
2.9 Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum restriktiv	66
2.10 Risiken	67
Literatur	68
Anhang	70
Kasten 1 Prognose vom Frühjahr 2021 im Rückblick	51
Kasten 2 Die Effekte der Mindestloohnerhöhung und der Erhöhung der Minijobgrenze.....	60
Kasten 3 Tariftlöhne und Verbraucherpreise.....	63

Daniela Grozea-Helmenstein, Florian Kirsch und Klaus Weyerstraß

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Krieg in der Ukraine belastet die Weltwirtschaft und bringt weiteren Inflationsschub¹

Kurzfassung: Im Frühjahr 2022 steht die Weltwirtschaft unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine und der gegen Russland verhängten Sanktionen. Der Krieg trifft die Weltwirtschaft in einer Phase, in der die Folgen der Corona-Pandemie allmählich abklingen. Nachdem vielerorts im Herbst und Winter angesichts stark steigender Neuinfektionszahlen die Infektionsschutzmaßnahmen verschärft worden waren, haben im Februar und im März viele Länder die Maßnahmen weitgehend oder sogar vollständig aufgehoben. Allerdings dürften sich die Probleme in den globalen Lieferketten infolge des Krieges und der Sanktionen wohl langsamer lösen, als es sonst zu erwarten gewesen wäre. Die Dienstleistungsbereiche dürften nach der weitgehenden Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen ihre Aktivitäten weiter ausweiten. Gebremst wird die Entwicklung jedoch von der hohen Inflation. Insbesondere die Preise für Energie und viele Rohstoffe sind stark angestiegen. Die hohen Preissteigerungen belasten Haushalte und Unternehmen und führen dazu, dass die Notenbanken ihre Geldpolitik spürbar straffen.

Nach der starken wirtschaftlichen Erholung im vergangenen Jahr dürfte das Wachstum der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum zurückgehen. Für das laufende Jahr ist eine Wachstumsrate von 4,0% zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte sie bei 3,2% liegen. Die Inflationsraten dürften im laufenden Jahr sehr hoch sein, im weiteren Verlauf jedoch zurückgehen, auch wegen der Basiseffekte bei den Rohstoffpreisen. Für den Ausblick bestehen erhebliche Risiken. Hierzu zählt eine weitere Eskalation des Kriegs in der Ukraine. Aber auch die Corona-Pandemie ist noch nicht überwunden, und es könnte zu erneuten Einschränkungen für die Wirtschaftsaktivität kommen, insbesondere wenn sich Virus-Varianten ausbreiten, die mit einer höheren Krankheitslast einhergehen. Sowohl der Krieg als auch die Pandemie könnten die globalen Lieferketten stärker belasten und zu Produktionsausfällen und weiteren Preisanstiegen beitragen. Die raschere Straffung der Geldpolitik könnte die Wirtschaft stärker dämpfen als erwartet. Zudem bestehen vor

¹ Abgeschlossen am 16.3.2022. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin, Klaus Weyerstraß ist Mitarbeiter des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien. Wir danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung und Torsten Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

diesem Hintergrund Risiken für die Finanzstabilität, vor allem in einigen Schwellenländern.

Tabelle 1

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2021 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022 ^p	2023 ^p
Bruttoinlandsprodukt¹			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	5,2	3,4	2,4
Euro-Raum	5,3	3,4	2,9
USA	5,7	3,5	2,3
Schwellenländer	7,1	5,0	4,6
China	8,1	5,4	5,1
Insgesamt²	5,9	4,0	3,2
Insgesamt in Kaufkraftparitäten	6,1	4,3	3,6
Verbraucherpreise			
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	3,3	5,5	2,4
Euro-Raum	2,6	5,6	2,1
USA	4,7	6,3	2,7
Schwellenländer	2,9	3,8	3,2
China	0,9	1,8	2,4
Insgesamt²	3,2	4,9	2,7
Welthandel³	10,3	4,7	3,2
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁴	70,7	100,0	87,8
Dollarkurs (\$/€)⁴	1,18	1,11	1,10

Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD, des IWF, des CPB, von Eurostat und nationalen Statistikämtern. - ^pPrognose. - ¹Real. - ²Gewichteter Durchschnitt der für diesen Bericht prognostizierten Länder. - ³Nach Definition des CPB. - ⁴Jahresdurchschnitte.

Summary: *In spring 2022 the global economy is overshadowed by the war in the Ukraine and the sanctions against Russia. This comes at a time when the economic impact of the Covid-19 pandemic is gradually subsiding. After the tightening of restrictions in the light of rising infection numbers in fall and winter, many countries loosened or even abandoned the restrictions in February and March. Due to the war, the disturbances in global supply chains are likely to be resolved more slowly than previously anticipated. With Covid-19 related restrictions widely abolished, economic activity in the services sector is expected to increase further. However, there is likely a dampening effect of the high inflation. In particular prices for energy and many raw materials have increased strongly. This affects firms and households and forces central banks to react with a tightening of their monetary policy stance.*

Following the strong economic recovery in the previous year, growth of the global economy is expected to slow down in the forecast period. For the current year a growth rate of 4.0% is expected, followed by 3.2% in 2023. Inflation is expected to be very high this year, but to decline in the further course of the forecast period, not least due to base effects in energy prices. There are substantial risks to the outlook. They include a further escalation of the war in Ukraine. At the same time, the Covid-19 pandemic is not over yet. Especially if a new more dangerous variant of the virus emerged, the likelihood of new restrictions on economic activity would rise. The war and the pandemic could both affect global supply chains more negatively and contribute to further increases in prices. The swifter tightening of monetary policy could dampen economic activity more strongly and there might be risks for financial stability, in particular in some emerging economies.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

International Forecast

2021 to 2023; changes over the previous year, %

	2021	2022 ^f	2023 ^f
Gross Domestic Product¹			
Advanced Economies	5.2	3.4	2.4
Euro Area	5.3	3.4	2.9
USA	5.7	3.5	2.3
Developing Countries	7.1	5.0	4.6
China	8.1	5.4	5.1
Total²	5.9	4.0	3.2
Total in Purchasing Power Parities²	6.1	4.3	3.6
Consumer Prices			
Advanced Economies	3.3	5.5	2.4
Euro Area	2.6	5.6	2.1
USA	4.7	6.3	2.7
Developing Countries	2.9	3.8	3.2
China	0.9	1.8	2.4
Total²	3.2	4.9	2.7
World trade³	10.3	4.7	3.2
Oil price (Brent, \$/b) ⁴	70.7	100.0	87.8
Dollar exchange rate (\$/€)⁴	1.18	1.11	1.10

RWI calculations based on OECD, IMF, Eurostat, CPB and national data. - ^fForecast. - ¹In constant prices. - ²Weighted average of the countries forecasted in this report. - ³According to CPB data. - ⁴Annual averages.

1. Überblick

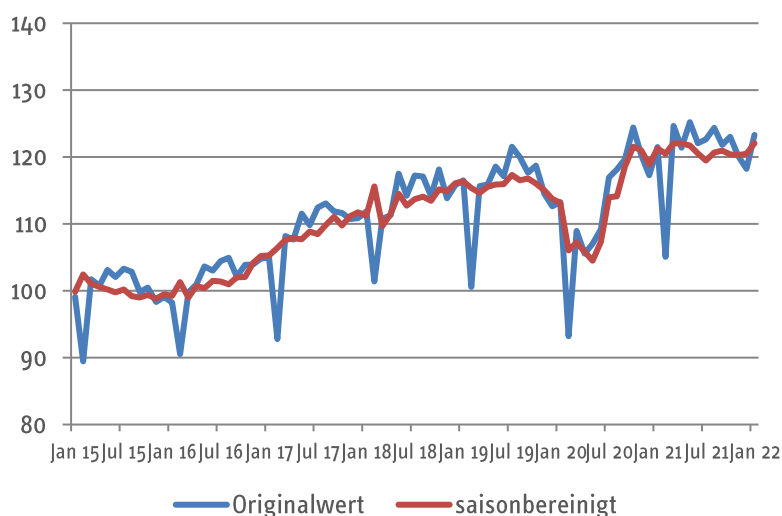
1.1 Aktuelle Lage

Im Frühjahr 2022 steht die Weltwirtschaft unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine und der gegen Russland verhängten Sanktionen (zu den wirtschaftlichen Folgen vgl. Kasten, S. 15). Der Krieg trifft die Weltwirtschaft in einer Phase, in der die Folgen der Corona-Pandemie allmählich abklingen. Nachdem vielerorts im Herbst und Winter angesichts stark steigender Neuinfektionszahlen die Infektionsschutzmaßnahmen verschärft worden waren und in manchen Ländern, etwa in den Niederlanden und in Österreich, wieder Lockdowns wirksam wurden, haben im Februar und im März viele Länder die Maßnahmen weitgehend oder sogar vollständig aufgehoben. Auch China ist ein Stück weit von seiner strikten Null-Covid-Strategie abgerückt. Es wurde nicht mehr auf das Auftreten einzelner Neuinfektionen mit Stilllegungen ganzer Produktionsstätten oder Hafenanlagen reagiert, auch wenn zuletzt wieder ein Lockdown in einer Großstadt verhängt wurde. In der Folge hatte vor Ausbruch des Ukraine-Krieges der Welthandel allmählich Fahrt aufgenommen, was auch der RWI/ISL-Containerumschlagindex signalisiert (Schaubild 1).

Schaubild 1

RWI/ISL-Containerumschlagindex

Index, 2015=100



Quelle: RWI

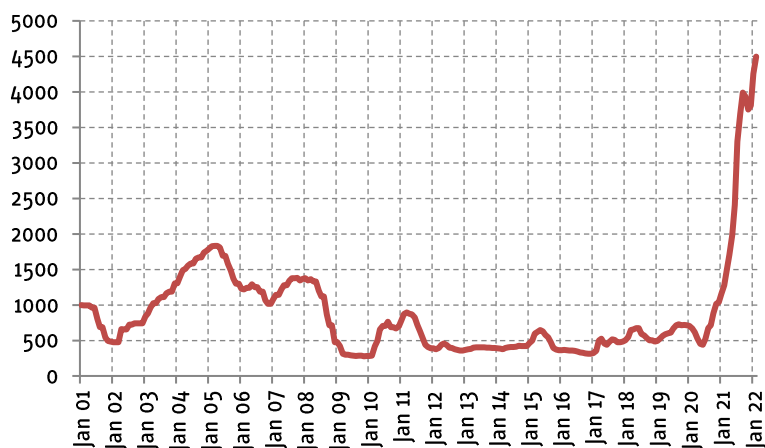
Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Insbesondere in den chinesischen Häfen hat der Containerumschlag zu Jahresbeginn deutlich zugelegt, was die Erwartung nährte, dass die Lieferengpässe allmählich zurückgehen würden. Der Krieg in der Ukraine dürfte dem aber entgegenwirken; so mussten bereits Automobilproduzenten in Westeuropa ihre Produktion einstellen, weil in der Ukraine die Fertigung von Vorleistungen stillsteht bzw. die Transportwege unterbrochen sind. Die Containerfrachtraten, die von Oktober bis Dezember etwas gesunken waren, steigen seit Jahresbeginn wieder und haben zuletzt neue Höchststände erreicht (Schaubild 2).

Schaubild 2

Harpex-Index für Schiffscontainer-Frachtraten

Index, Jan. 2001 = 1000



Quelle: Macrobond.

In der Gruppe der OECD-Länder blieb die Zunahme des saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal mit 1,2% gegenüber dem dritten Quartal stabil. Dabei schwächte sich das Wachstum vor dem Hintergrund der verschärften Infektionsschutzmaßnahmen in einigen Mitgliedstaaten des Euro-Raums ab. In Japan und den USA beschleunigte sich das Quartalswachstum dagegen. Dazu trug bei, dass das Infektionsgeschehen abflaute, was eine Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen ermöglichte. Hingegen stieg die Wirtschaftsleistung in vielen europäischen Ländern angesichts hoher Neuinfektionszahlen im vierten Quartal nur mäßig oder ging sogar zurück. In den Schwellenländern war die Entwicklung uneinheitlich. In China beschleunigte sich das Quartalswachstum im letzten Jahresviertel, da die Industrie von der hohen Auslandsnachfrage profitierte und nicht mehr, wie im Sommer, durch Produktionsunterbrechungen infolge von Energieknappheit gebremst wurde. Im

Vorjahresvergleich verlor die Konjunktur im Jahresverlauf aber kontinuierlich an Schwung, was unter anderem auf Probleme am Immobilienmarkt zurückzuführen ist. Der private Konsum wurde durch wiederkehrende Einschränkungen als Reaktion auf lokale Corona-Ausbrüche gedämpft. In Brasilien stagnierte die Industrieproduktion. Die Einzelhandelsumsätze sanken, was maßgeblich auf die hohe Inflation zurückzuführen ist. Auf diese reagierte die Zentralbank mit einer Anhebung des Leitzinses. Auch in Argentinien leidet die Konjunktur unter der hohen Inflation von rund 50%. Ein neues Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds ermöglicht die Umschuldung von Verbindlichkeiten, die in den kommenden Monaten fällig geworden wären und einen Zahlungsausfall hätten nach sich ziehen können. Auch in der Türkei erreichte die Inflation in den vergangenen Monaten rund 50%, was die realwirtschaftliche Entwicklung bremste.

Auch in der OECD insgesamt hat sich die Preissteigerung spürbar beschleunigt. Die Verbraucherpreise stiegen im Februar um 7,2%. Das ist zwar hauptsächlich auf die starke Verteuerung von Energieträgern zurückzuführen, aber auch ohne die Preise für Energie- und Nahrungsmittel erhöhten sich die Verbraucherpreise um 5,1%. Der Preisauftrieb gewinnt also an Breite. Hieran dürften die mit dem Energiepreisanstieg verbundenen höheren Transport- und Produktionskosten einen wesentlichen Anteil haben. Zudem hat sich das Lohnwachstum beschleunigt, vor allem in den USA. Daher dürfte die Inflation wohl längere Zeit hoch und vielerorts über den Zielwerten der jeweiligen Notenbanken bleiben.

1.2 Ausblick

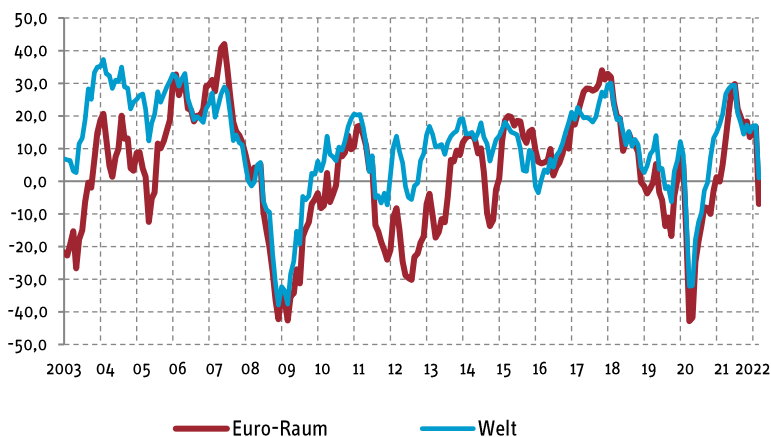
Selbst unter der Annahme, dass der Ukraine-Krieg nicht in einen Konflikt mit direkter Beteiligung der NATO mündet und dass es zu keinen Unterbrechungen der russischen Öl- und Gaslieferungen kommt, dürfte sich die Weltwirtschaft nur zögerlich erholen (Tabelle 2, S. 14)). Wohl vor allem aufgrund der hohen Unsicherheit sind Konjunkturindikatoren, die nach Beginn des Krieges erhoben wurden, eingebrochen. So sank der Sentix-Konjunkturindikator für den Euro-Raum im Februar um 23,6 auf -7 Punkte. Der globale Index gab um 16 Punkte auf 1 nach (Schaubild 3). Besonders stark sank für den Euro-Raum die Erwartungskomponente, die um knapp 35 Punkte und damit so stark wie noch nie seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2003 einbrach. Der Sentix-Indikator beruht auf einer Befragung von Finanzmarktteilnehmern und könnte daher für die realwirtschaftliche Entwicklung weniger aussagekräftig sein als andere umfragebasierte Indikatoren. Er verdeutlicht aber die hohe Unsicherheit über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Schaubild 3

Sentix-Konjunkturindikator Euro-Raum und Welt

Januar 2003 bis März 2022

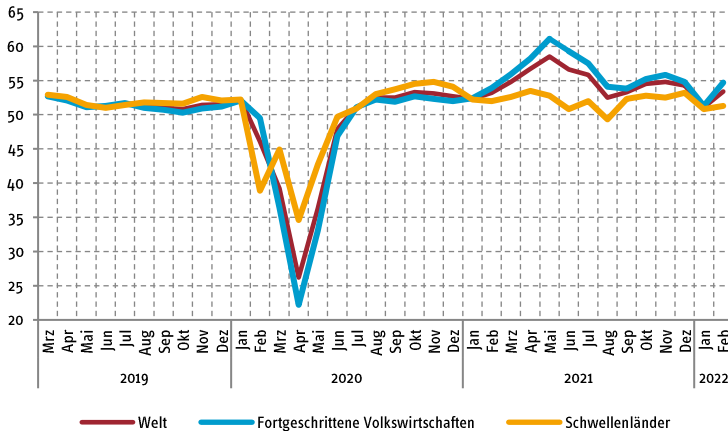


Quelle: Refinitiv

Vor Kriegsbeginn erhobene monatliche Indikatoren wie der Einkaufsmanagerindex deuteten zuletzt auf eine Belebung hin (Schaubild 4). Die Stimmungsaufhellung im Februar dürfte auf die Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen in vielen Ländern und die Aussichten auf eine Auflösung der Lieferprobleme zurückzuführen sein.

Die Probleme in den globalen Lieferketten werden sich infolge des Krieges und der Sanktionen wohl langsamer lösen, als es sonst zu erwarten gewesen wäre, aber eine allmähliche Normalisierung ist dennoch zu erwarten. Die Dienstleistungsbereiche, insbesondere der grenzüberschreitende Tourismus, die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche, dürften nach der weitgehenden Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen ihre Aktivitäten weiter ausweiten. Gebremst wird die Entwicklung von der hohen Inflation. Es besteht aber die Möglichkeit, dass die Inflation den Konsum in geringerem Maß dämpft als in früheren Phasen hoher Teuerungsraten. Während der Pandemie sind in den Industrieländern nämlich hohe Sparguthaben gebildet worden, weil die Konsummöglichkeiten eingeschränkt waren, während die Einkommen der privaten Haushalte durch umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen gestützt wurden. Auch bei einer höheren als erwarteten Inflation können somit die Konsumpläne realisiert werden, indem die Sparpolster stärker als geplant abgeschmolzen werden.

Schaubild 4
Einkaufsmanagerindizes weltweit
März 2019 bis Februar 2022



Quellen: IHS Markit, Macrobond.

In den Schwellenländern dürfte die Entwicklung heterogen bleiben. Die Länder, die fossile Energieträger exportieren, erzielen weiterhin hohe Erlöse. Hingegen wird die Konjunktur in den Nettoimportländern von Öl und Gas durch die hohen Preissteigerungen belastet. Dies trifft auch auf die Länder zu, die in besonderem Maß von Nahrungsmittelimporten aus der Ukraine und aus Russland abhängig sind, etwa in Nordafrika und dem Nahen Osten.

Die Geldpolitik befindet sich in einer schwierigen Lage. Die stark gestiegene Inflation würde eine rasche geldpolitische Straffung erfordern. Gleichzeitig stellen die Folgen des Krieges und der Sanktionen einen Angebotsschock dar, der die Gefahr einer Wachstumsabschwächung oder sogar einer Rezession in sich birgt. Die US-Notenbank wird wohl dennoch ihren begonnen Kurs der geldpolitischen Straffung fortsetzen, aber voraussichtlich mit geringeren Zinserhöhungen als zunächst geplant. Die Europäische Zentralbank wird hingegen allenfalls sehr zögerlich die Geldpolitik straffen. Diese unterschiedliche Ausrichtung könnte eine Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar fördern und die Inflationsdruck im Euro-Raum weiter verstärken.

Die Fiskalpolitik wird wohl insgesamt weniger expansiv als in den Jahren 2020 und 2021 sein. Gleichwohl kommen vom NextGenerationEU-Programm in der EU Impulse. Zudem haben die Regierungen in den von den wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges betroffenen Ländern wie auch die EU-Kommission bereits angekündigt, für

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

die betroffenen Unternehmen ähnliche fiskalische Unterstützungsleistungen wie in der Corona-Krise auf den Weg zu bringen. Zudem sind höhere Transferzahlungen an die privaten Haushalte zur Abfederung der Energieverteuerung zu erwarten. Auch in den USA bleibt die Fiskalpolitik expansiv, aber in geringerem Ausmaß als im vergangenen Jahr. Zudem fanden nicht alle von der Regierung geplanten Maßnahmen eine Mehrheit im Kongress.

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den Schwellenländern

2021 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2021	2022 ^p	2023 ^p	2021	2022 ^p	2023 ^p
EU-27	5,3	3,4	2,9	2,8	5,9	2,4
Euro-Raum ¹	5,3	3,4	2,9	2,6	5,6	2,1
Vereinigtes Königreich	7,5	4,5	2,0	2,6	5,6	2,6
USA	5,7	3,5	2,3	4,7	6,3	2,7
China	8,1	5,4	5,1	0,9	1,8	2,4
Japan	1,6	2,2	2,0	-0,3	1,2	0,9
Ostasien ²	4,5	4,2	3,9	2,1	3,2	2,0
Indien	8,2	8,1	5,7	5,1	5,8	4,5
Lateinamerika ²	5,6	1,9	2,0	12,7	12,9	8,4
Insgesamt	5,9	4,0	3,2	3,2	4,9	2,7
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	5,2	3,4	2,4	3,3	5,5	2,4
Schwellenländer	7,1	5,0	4,6	2,9	3,8	3,2

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat, des IWF, und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit BIP in U.S. Dollar von 2020. - ^pPrognose. - ¹Für Details siehe Tabelle 5. - ²Für Details siehe Tabelle 3.

1.3 Risiken

Das größte Risiko geht vom Krieg in der Ukraine aus. Sollte der Konflikt weiter eskalieren und etwa die NATO direkt involviert werden, wären die Folgen unabsehbar. Abseits der Gefahr einer militärischen Ausweitung gehen Konjunkturrisiken von der Entwicklung der Wirtschaftssanktionen und möglicher russischer Gegenreaktionen aus. Sollte es zu einem Stopp der Öl- und Gaslieferungen aus Russland nach Europa kommen, sei es auf Initiative der EU oder Russlands, würden die Öl- und Gaspreise noch weiter steigen und längere Zeit hoch bleiben. Zudem ist Erdgas in vielen Industrieunternehmen kurzfristig nur schwer zu ersetzen. Die Folge könnten

Produktionsunterbrechungen in energieintensiven Unternehmen sein, um die Gasversorgung der privaten Haushalte aufrecht zu erhalten. Die Inflation würde weiter angeheizt, was zum einen die Kaufkraft der privaten Haushalte schmälert und zum anderen den Druck auf die Zentralbanken erhöht, die Geldpolitik schneller und stärker zu straffen. Schwellenländer könnten sich daraufhin mit Kapitalabflüssen konfrontiert sehen, was dort die Finanzstabilität gefährdet. Der Krieg könnte auch dazu führen, dass die globalen Lieferketten noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden und sich die Normalisierung noch langwieriger gestaltet, als es ohnehin zu erwarten ist.

Auch die Corona-Pandemie ist bei Weitem nicht überwunden. In China scheint die Omikron-Welle später als anderenorts anzukommen. Damit steigt das Risiko erneuter Schließungen von Produktionsstätten und Häfen, was die Normalisierung der globalen Lieferketten weiter verzögern würde. Noch immer sind darüber hinaus weltweit viele Menschen nicht vollständig oder sogar überhaupt nicht immunisiert, vor allem in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern. Zudem ist die Gefahr des Entstehens neuer Virusvarianten hoch. Nicht zuletzt, wenn eine Mutante entsteht, die ebenso infektiös ist wie die Omikron-Variante und zudem den Impfschutz umgeht und sehr pathogen ist, könnte dies im kommenden Herbst und Winter erneute Infektionsschutzmaßnahmen erfordern, worunter neuerlich insbesondere die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche leiden würden.

Aufwärtspotenzial für die Weltwirtschaft ergibt sich, wenn es zu einem schnellen Ende des Krieges in der Ukraine kommt und eine solche Lösung gefunden wird, die eine baldige Aufhebung der Sanktionen ermöglicht. Hinsichtlich der Corona-Pandemie würde eine deutliche Beschleunigung des globalen Impftempos das Risiko wirtschaftlicher Beeinträchtigungen infolge neuer Infektionsschutzmaßnahmen verringern.

Kasten

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine

Am 24. Februar 2022 hat die russische Föderation einen Krieg gegen die Ukraine begonnen. Daraufhin haben die Europäische Union (EU), die USA, das Vereinigte Königreich und weitere Staaten umfangreiche wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland auf den Weg gebracht. Die Sanktionen beinhalten insbesondere Exportkontrollen für High-tech-Produkte und Software, für Güter und Technologie zur Erdölraffination sowie für Güter und Technologie für die russischen Luft- und Raumfahrtindustrie sowie die teilweise Aussetzung von Visa-Erleichterungen, ein Start-, Lande- und Überflugverbot für in Russland registrierte Flugzeuge und das Verbot von Transaktionen mit der russischen Zentralbank. Inzwischen wurden die Sanktionen auf Belarus ausgeweitet sowie Sanktionen gegen Medienunternehmen, der Ausschluss wichtiger russischer Banken

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

aus dem SWIFT-System sowie das Verbot der Lieferung von Euro-Banknoten beschlossen. Die USA haben darüber hinaus am 8. März beschlossen, unter Berücksichtigung einer Abwicklungsperiode von 45 Tagen, für bestehende Lieferverträge kein Erdöl mehr aus Russland zu importieren. Die britische Regierung hat einen Importstopp von Öl aus Russland zum Jahresende angekündigt.

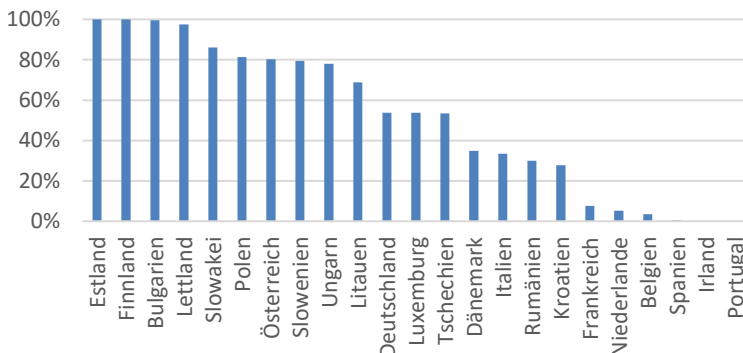
Die Folgen des Krieges sowie die Sanktionen und mögliche Gegenreaktionen der russischen Regierung haben spürbare Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Russland exportiert vor allem Erdöl und Erdgas, ist aber auch ein bedeutender Exporteur von Weizen und Industrierohstoffen. Nach Daten der Internationalen Energieagentur kommen rund 10% der weltweiten Erdgasexporte und 12% der Erdölexporte aus Russland. Bei der Bedeutung Russlands auf der Importseite dieser Energieträger bestehen aber große Unterschiede zwischen den Zielländern. Besonders frappierend ist die Abhängigkeit Europas von russischem Erdgas. Dieses Problem trifft etwa die USA in weitaus geringerem Ausmaß, ebenso wie die Abhängigkeit von russischen Erdölexporten. Deshalb fiel es der US-Regierung auch leichter als den Regierungen in der EU, einen Importstopp von russischem Erdöl zu verhängen. Bei manchen Düngemitteln für die Landwirtschaft beträgt Russlands Weltmarktanteil 15% und mehr. Bei Palladium, das für Autokatalysatoren und Halbleiter benötigt wird, deckt Russland etwa 30%, bei Nickel, das für die Batterieherstellung essenziell ist, rund 6% des Weltmarktes. Bei hochreinem Nickel beträgt der Marktanteil sogar 17%. Bei manchen Seltenen Erden, die für die Mikrochipproduktion benötigt werden, hat Russland einen Weltmarktanteil von nahezu 100%. Ausfälle in der Verfügbarkeit der Industrierohstoffe dürften die Normalisierung der während der Corona-Pandemie gestörten globalen Lieferketten vor allem in der Automobilindustrie weiter verzögern. Mögliche Lieferausfälle russischer Düngemittel dürften den Anstieg der globalen Nahrungsmittelpreise weiter antreiben.

Die Ukraine hat hohe Weltmarktanteile bei einigen Nahrungsmitteln. Zwar ist die Ukraine nicht von den Sanktionen betroffen, aber durch die Kriegshandlungen kommt es zu Produktionsunterbrechungen, und vor allem die Nahrungsmittelproduktion ist stark gefährdet. Bei Weizen entfallen auf Russland knapp 20%, auf die Ukraine rund 10% der weltweiten Exporte. Bei Mais hat die Ukraine einen Weltmarktanteil von 15%. Bei Gerste erreichen die Ukraine 15% und Russland 17%. Bei Sonnenblumenöl ist die Ukraine sogar für die Hälfte aller weltweiten Exporte verantwortlich. Der Krieg gefährdet Produktion und Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte auf mehrfache Weise. Jetzt im Frühling würden die Äcker bestellt, was angesichts der Kampfhandlungen kaum möglich ist. Darüber hinaus sind viele Menschen auf der Flucht oder im Kriegseinsatz, darunter vermutlich auch Landwirte. Zudem ist der Zugang zu den Schwarzmeerhäfen blockiert oder beeinträchtigt, was die Ausfuhr erschwert, selbst wenn die Erzeugnisse vorhanden sind. Die ukrainische Regierung hat bereits reagiert und die Ausfuhr von Roggen, Gerste, Buchweizen, Hirse, Zucker, Salz und Fleisch bis Ende dieses Jahres verboten. Am 4. März verhängte die ungarische Regierung ein Exportverbot für Getreide. Russland hat ebenfalls Exportverbote für einige Güter beschlossen, darunter Nahrungsmittel.

Der Krieg und die Sanktionen treffen naturgemäß vor allem die ukrainische und die russische Volkswirtschaft, sie haben aber auch Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Die Sanktionen gegen Belarus dürften dagegen praktisch keine weltwirtschaftlichen Auswirkungen haben, da die belarussische Volkswirtschaft klein ist und das Land kaum wichtigen Fertigprodukte oder Rohstoffe exportiert. Aktuell sind die Länder, die Sanktionen verhängt haben, vor allem aufgrund der ausbleibenden Exporte nach Russland betroffen. Zudem sind zuletzt die Energie- und Nahrungsmittelpreise stark gestiegen, was zum einen die Kaufkraft der privaten Haushalte schmälert und zum anderen die Produktionskosten in den energieintensiven Wirtschaftsbereichen erhöht. Auswirkungen sind auch davon zu erwarten, dass Russland seinen Luftraum für Flugzeuge aus den Staaten gesperrt hat, die sich an den Sanktionen beteiligen. Dadurch verlängern sich die Flugrouten zu Zielen in Asien markant. Dies treibt zusätzlich zu den gestiegenen Treibstoffkosten die Preise für Flugtickets und für Luftfracht weiter in die Höhe. Ein zusätzlicher Kostenfaktor kommt dadurch hinzu, dass manche Destinationen nun nicht mehr innerhalb der maximal zulässigen Arbeitszeit des Bordpersonals erreicht werden können und somit ein Crewwechsel erforderlich ist.

Der Krieg in der Ukraine hat bereits Auswirkungen auf die Industrieproduktion in Westeuropa. In der Ukraine werden unter anderem Kabel produziert, die für die Automobilproduktion, aber auch im Energiebereich und am Bau benötigt werden. Aufgrund der Produktionsunterbrechungen in der Ukraine kam es auch bereits zu Problemen in der europäischen Automobilproduktion. Auf Basis eines multiregionalen Input-Output-Modells schätzen Kimmich et al. (2022), dass der durch den Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland und Belarus verursachte Exportstopp in diese drei Länder in der EU zu einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um 0,9% führen würde, verglichen mit einem Szenario ohne den Krieg. Für Österreich beträgt der Rückgang demnach 1,1%.

Importabhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten von Erdgas aus Russland



Anmerkung: Für die anderen Länder sind keine Daten vorhanden; die Daten für Griechenland werden noch von Bruegel überprüft.

Quelle: Bruegel (2022), Preparing for the first winter without Russian gas. Blogpost, veröffentlicht am 28.2.2022. <https://www.bruegel.org/2022/02/preparing-for-the-first-winter-without-russian-gas/>

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Besonders gravierend ist, vor allem für die EU-Länder, die Importabhängigkeit von Erdgas aus Russland. Die baltischen Länder beziehen ihre gesamten Erdgasimporte aus Russland, aber auch bei Polen, der Slowakei und Österreich ist der Anteil mit rund 80% hoch (siehe Schaubild vorherige Seite). Die EU bezieht 48% ihrer Gasimporte aus Russland.

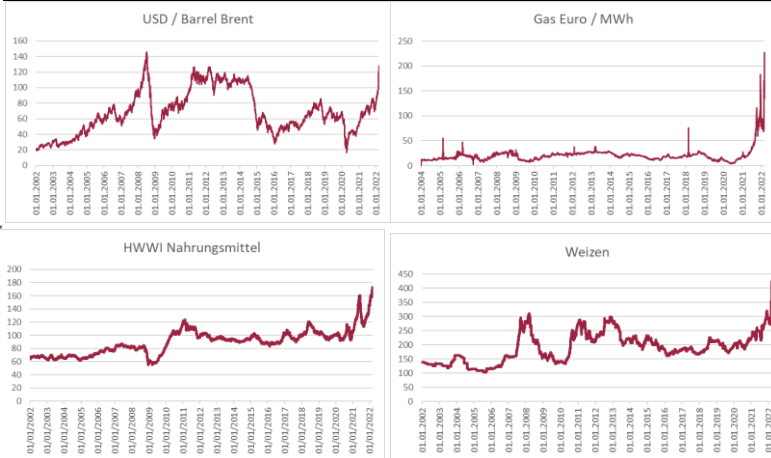
Ein Importstopp durch die EU oder ein Exportstopp von Seiten Russland als Reaktion auf die Sanktionen würde die Energiepreise weiter kräftig anheizen. Dies würde die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter schmälern und die Produktionskosten in der Industrie noch weiter in die Höhe treiben. Erdgas wird zum einen für die Erzeugung von Wärme und Strom benötigt und zum anderen direkt im Produktionsprozess eingesetzt. Dabei sind, neben dem Energiesektor selbst, vor allem die Herstellung von chemischen Erzeugnissen, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Herstellung von nichtmetallischen Mineralien (Glas, Zement, Keramik usw.) sowie die Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken unmittelbar von Erdgas abhängig. Unter Berücksichtigung von Lieferkettenverflechtungen erhöht sich für manche Wirtschaftsbereiche die Erdgasabhängigkeit über den direkten Einsatz hinaus gravierend. Nach Einbeziehen dieser Verflechtungen schätzt die EZB (2022), dass eine Reduktion der Erdgaslieferungen um 10% die Bruttowertschöpfung im Euro-Raum um 0,7% reduzieren würde. In der Länderbetrachtung wäre die Slowakei mit einem Rückgang um 1,6% am stärksten betroffen, gefolgt von Österreich mit rund 1,1%. Am geringsten betroffen wären dieser Schätzung zufolge die Niederlande, Luxemburg, Estland und Zypern mit Einbußen von weniger als 0,5%. In Deutschland würde demnach die Wertschöpfung um 0,7% sinken, wie im Euro-Raum-Durchschnitt. Dabei wurden keine möglichen Substitutionen berücksichtigt. Unter Einbeziehung solcher Substitutionen schätzen Bachmann et al., dass in Deutschland ein Stopp der Energieimporte aus Russland zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,5% bis 3% führen könnte.

Der Krieg und die Sanktionen haben zu starken Preisanstiegen für Energieträger und Nahrungsmittelrohstoffe geführt (siehe Schaubild auf der nächsten Seite). Dabei kam es aber auch zu starken Schwankungen, was wohl ein Ausdruck der hohen Unsicherheit bezüglich der Versorgung der Weltmärkte mit Energie- und Nahrungsmittelrohstoffen ist. Zuletzt sind die Preise wieder recht deutlich gesunken. Der Rückgang des Gaspreises dürfte auf die Ankündigungen der EU-Kommission zurückzuführen sein, keinen Importstopp von Erdgas aus Russland anzustreben.

Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise und ein wahrscheinlicher weitgehender Ausfall russischer und ukrainischer Getreideexporte dürften in machen Entwicklungs- und Schwellenländern, vor allem in Nordafrika und im Nahen Osten, schwerwiegende Konsequenzen haben. So bezieht Ägypten rund 70%, der Libanon etwa die Hälfte des Weizens aus diesen beiden Ländern. Dort droht akute Nahrungsmittelknappheit.

RWI Konjunkturbericht 73 (1)

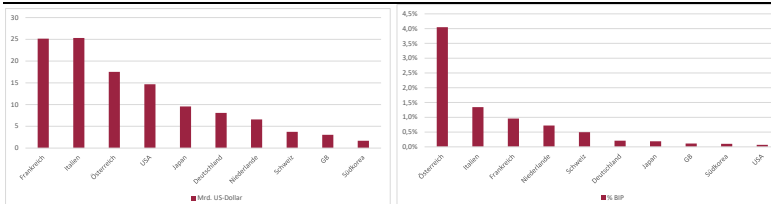
Preise für Rohöl, Erdgas und Nahrungsmittel



Quelle: Refinitiv Datastream

In Europa und den USA sind die Folgen weniger dramatisch. Gleichwohl dürfte die hohe Inflation die Konjunktur negativ beeinflussen. Zudem besteht das Risiko, dass energieintensive Unternehmen auf die hohen Produktionskosten mit zeitweiligen Produktionsunterbrechungen reagieren.

Bankenforderungen in Russland in Mrd. Dollar und in Relation zum BIP



Quelle: BIZ

Neben dem Handels- und dem Preiskanal könnte es zu Verwerfungen im Finanzsektor kommen. Einige Banken sind stark in Russland engagiert. Laut Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) haben Banken aus Frankreich und Italien mit jeweils rund 25 Mrd. Euro die höchsten Forderungen in Russland. In Relation zur Wirtschaftsleistung ist Österreich mit 4% am stärksten betroffen (Schaubild). Einige der Sanktionen zielen auf den russischen Finanzsektor ab. Dies könnte auch die ausländischen Banken in Russland treffen. Zudem sind angesichts der Sanktionen Kreditausfälle wahrscheinlich. Gleichwohl ist keine Finanzkrise in der EU zu erwarten, nicht zu letzt weil das Bankensystem inzwischen resilienter ist als vor der Finanzkrise des Jahres 2008.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

2. Die Regionen im Einzelnen

2.1 USA: Wirtschaft überwindet pandemiebedingten Einbruch, Preise steigen stark

Die US-amerikanische Wirtschaft ist in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres weiter kräftig gewachsen. Nach dem etwas schwächeren Anstieg um 0,6% im dritten Quartal konnte im vierten Quartal mit 1,7% wieder ein stärkeres Quartalswachstum des BIP verzeichnet werden. Bereits seit dem zweiten Quartal übertrifft die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau aus dem Schlussquartal 2019. Nach dem Rückgang um 3,4% im Jahr 2020 legte das BIP im Jahresdurchschnitt 2021 um 5,7% zu.

In den beiden Quartalen der zweiten Jahreshälfte lieferte der private Konsum positive Wachstumsbeiträge. Während es dabei nach den Höchstständen im Frühjahr 2021 bei den langlebigen Gebrauchsgütern im dritten Quartal einen Rückgang gab, stieg der Konsum von Verbrauchsgütern auf erhöhtem Niveau weiter, und die anteilmäßig bedeutenderen Ausgaben für Dienstleistungen nahmen weiter kräftig zu. Im Januar lagen letztere allerdings preisbereinigt noch immer fast 1% unter dem Vorkrisenniveau aus dem Februar 2020. Die realen Konsumausgaben für Güter liegen dagegen knapp 17% über ihrem Vorkrisenniveau. Diese Zahlen verdeutlichen, dass sich die Struktur des privaten Konsums weiterhin von derjenigen der Vorkrisenzeit unterscheidet.

Nachdem bei den Anlageinvestitionen im dritten Quartal ein Rückgang verzeichnet worden war, stiegen sie im Schlussquartal wieder an. Die Lagerveränderungen lieferten insbesondere im vierten Quartal einen positiven Wachstumsbeitrag. Dagegen war der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum in allen Quartalen 2021 negativ. Während die Importe seit dem dritten Quartal 2020 durchgehend positive Zuwächse verzeichneten, kam es bei den Exporten im ersten und im dritten Quartal zu zwischenzeitlichen Rückgängen. Nach einem kräftigen Anstieg im vierten Quartal übertrafen die Güterexporte im Schlussquartal aber das Vorkrisenniveau. Bei den Güterimporten war dies bereits im vierten Quartal 2020 der Fall. Beim Dienstleistungshandel besteht dagegen noch ein deutlicher Rückstand gegenüber dem Ende 2019 erreichten Volumen. Nach einem leichten Anstieg im dritten Quartal waren die staatlichen Ausgaben im vierten Quartal erneut rückläufig.

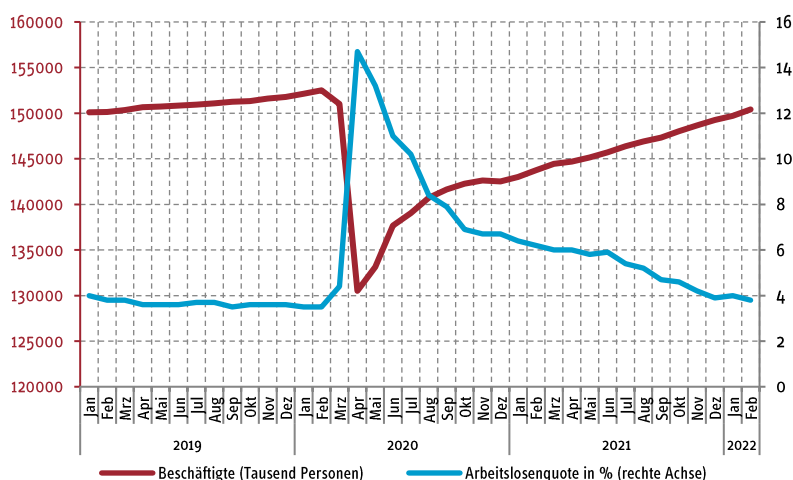
Die deutliche wirtschaftliche Erholung zeigt sich auch am Arbeitsmarkt (Schaubild 5). So sank die Arbeitslosenquote weiter und lag im Februar noch bei 3,8%. Damit ging sie gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 2,4 Prozentpunkte zurück und liegt nur noch leicht über dem Vorkrisenniveau von 3,5%. Im April 2020 hatte sie mit 14,7% ihren Höhepunkt in der Corona-Rezession erreicht. Auch breitere Maße, wie die Unterbeschäftigungsquote (U6) zeigen eine ähnliche Verbesserung. Allerdings liegt die Beschäftigung, obwohl sie weiter kräftig angestiegen ist, noch

spürbar unter ihrem Vorkrisenniveau. Dies erklärt sich durch die im Vergleich zum Vorkrisenniveau noch immer deutlich verringerte Partizipationsquote. Während zu erwarten ist, dass diese im Zuge der weiteren Erholung weiter ansteigt, dürfte zumindest ein Teil des Rückgangs demografisch begründet sein und damit nachhaltig erhalten bleiben. Während die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt dazu beitragen dürfte, dass die Löhne kräftiger steigen, führt der starke Anstieg der Preise dazu, dass der reale Anstieg deutlich geringer ist als das nominale Lohnwachstum.

Schaubild 5

Beschäftigung und Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten

Januar 2019 bis Februar 2022



Quelle: BLS.

Die Konjunkturerholung ging mit einem deutlichen Preisanstieg einher. Gemessen am Verbraucherpreisindex lag die Inflationsrate im Februar bei 7,9%. Eine solch hohe Inflation war seit den frühen 1980er-Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Während der starke Anstieg der Energiepreise seinen Anteil an der hohen Inflation hat, ist auch die Kerninflation deutlich angestiegen und lag mit 6,4% im Februar auf einem sehr hohen Niveau. Angesichts dieser Entwicklung begann die Notenbank (Fed) damit, ihre geldpolitischen Stützungsmaßnahmen zurückzuführen. So wurden die Anleihekäufe zunächst reduziert und dann ein Ende der Käufe für Anfang März beschlossen. Für das laufende Jahr ist nun mit einem schrittweisen Anheben des Zielkorridors für den Leitzins zu rechnen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Die Folgen der hohen Inflation und der damit verbundenen stärkeren Straffung der Geldpolitik dürften einen dämpfenden Effekt auf die weitere konjunkturelle Entwicklung haben. Gleichzeitig dürften die fiskalischen Impulse geringer ausfallen als frühere Ankündigungen erwarten ließen, da einige Vorhaben der Regierung nicht im anvisierten Umfang umgesetzt werden dürften. Demgegenüber dürften eine allmähliche Entspannung bei Lieferengpässen und eine weitere Ausweitung der Aktivitäten in den Dienstleistungsbereichen noch für konjunkturellen Auftrieb sorgen. Insgesamt ist für das laufende Jahr mit einem Anstieg des BIP um 3,5% zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte die Wachstumsrate 2,3% betragen. Die Verbraucherpreisinflation dürfte in diesem Jahr mit 6,3% erneut deutlich erhöht sein, im kommenden Jahr aber auf 2,7% zurückgehen.

2.2 Japan: zögerliche Erholung der Wirtschaft nach der Rezession

In Japan war im vergangenen Jahr die wirtschaftliche Erholung von der tiefen pandemiebedingten Rezession im Jahr 2020 nur langsam erfolgt. Steigende Infektionszahlen gingen mit zwischenzeitlichen Rückgängen des BIP einher. Gleichzeitig tragen Lieferengpässe zu Produktionsschwierigkeiten in der Industrie bei. Nachdem sich das BIP im zweiten Quartal 2021 von dem Rückgang im ersten Quartal erholt hatte, ging es im dritten Quartal erneut zurück. Im vierten Quartal lag die Wirtschaftsleistung dann nach einem Quartalswachstum von 0,9% lediglich um 0,4% über dem bereits im Schlussquartal 2020 erreichten Niveau. Entsprechend fiel das jahresdurchschnittliche Wachstum mit 1,6 im Jahr 2021 nach dem BIP-Rückgang um 4,5% im Jahr 2020 eher gering aus.

Verwendungsseitig zeigte sich beim privaten Konsum ein Rückgang um 1% im dritten Quartal, bevor es im vierten Quartal mit 2,4% zu einem deutlichen Anstieg kam. Die Investitionen entwickelten sich schwach und gingen in beiden Quartalen zurück. Lediglich die privaten Nichtwohnbauinvestitionen konnten im vierten Quartal einen leichten Anstieg verzeichnen. Die schwache Entwicklung der Importe trug dazu bei, dass der Außenbeitrag zum BIP-Wachstum trotz eines Rückgangs der Exporte im dritten Quartal in beiden Quartalen positiv war.

Nachdem sich die mit den Einkaufsmanagerindizes gemessene Stimmung der Unternehmen sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungsbereich im vierten Quartal deutlich verbessert hatte, zeigte sich zuletzt wieder eine spürbare Verschlechterung (Schaubild 6). So lag der Index im Dienstleistungsbereich vor dem Hintergrund des starken Anstiegs der Infektionszahlen im Februar nur noch bei 44,2 Punkten und damit deutlich unter der Wachstumsschwelle von 50. Gleichzeitig äußerten die Unternehmen jedoch die Hoffnung, dass mit einer Verbesserung der pandemischen Lage im weiteren Jahresverlauf wieder eine deutliche Ausweitung der ökonomischen Aktivität möglich sein wird. Im Verarbeitenden Gewerbe ging der

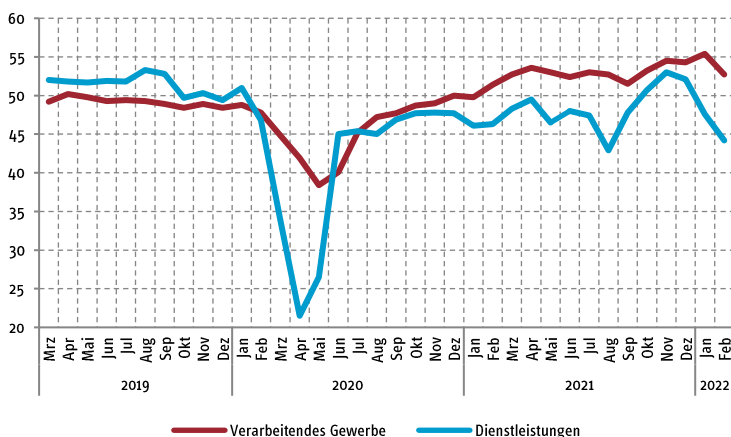
Einkaufsmanagerindex ebenfalls im Februar zurück, erreichte mit 52,7 aber noch ein höheres Niveau als bei den Dienstleistungen. Neben den gestiegenen Infektionszahlen spielen hier vor allem die noch immer erheblichen Schwierigkeiten in den Lieferketten eine große Rolle.

Für das laufende Jahr ist zu erwarten, dass sich die Erholung der japanischen Wirtschaft fortsetzt. Mit 2,2% dürfte das BIP-Wachstum dabei kräftiger ausfallen als im Vorjahr. Für das Jahr 2023 ist mit einer Wachstumsrate von 2,0% zu rechnen. Nachdem die Inflation im vergangenen Jahr mit -0,2 negativ war, dürfte sie im laufenden Jahr auf 1,2% ansteigen und im kommenden Jahr bei 0,9% liegen.

Schaubild 6

Japan: Einkaufsmanagerindex

Index, März 2019 bis Februar 2022



Quellen: IHS Markit, Macrobond.

2.3 Unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern

Die Wirtschaftsleistung in **China** ist auch in der zweiten Jahreshälfte 2021 weiter gestiegen. Für das dritte und das vierte Quartal wurden Quartalsraten von 0,7% beziehungsweise 1,6% ausgewiesen. Während diese Raten eine stärkere Dynamik gegen Ende des Jahres anzeigen, gingen die Vorjahresraten im Jahresverlauf zurück. Im Schlussquartal betrug das so gemessene Wachstum nur noch 4%. China hat bislang eine strikte Politik der Eindämmung von Corona-Infektionen verfolgt, so dass es beim Auftreten von Infektionsfällen zu umfassenden Maßnahmen in den betroffenen Städten und Regionen kam, die auch die Produktion und Dienstleistungsaktivitäten betrafen. Die leichter übertragbare Omikron-Variante des Virus stellt dieses

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Vorgehen zunehmend in Frage. Angesichts des vergleichsweise schlechten Immunisierungsstatus der Bevölkerung besteht in der weiteren Entwicklung der Pandemie noch ein erhebliches Risiko. Auf die zuletzt stark steigenden Fallzahlen reagierte die Regierung mit erneuten umfassenden Einschränkungen. Während Indikatoren wie die Industrieproduktion, die Einzelhandelsumsätze und die Exporte auf eine relativ starke Entwicklung zum Jahresbeginn hindeuten, hat sich etwa der Einkaufsmanagerindex im Dienstleistungsbereich wohl auch deshalb zuletzt wieder etwas eingetrübt. Angesichts der andauernden Risiken durch die Pandemie, aber auch wegen zusätzlicher Belastungen etwa durch die Probleme im Bausektor sowie Lieferengpässen und der gestiegenen Rohstoffpreise, dürfte die Regierung die Wirtschaftsentwicklung durch geld- und fiskalpolitische Maßnahmen stützen, um ihr Wachstumsziel von etwa 5,5% in diesem Jahr zu erreichen. Für das laufende Jahr ist daher mit einer Wachstumsrate von 5,4% zurechnen, im kommenden Jahr dürfte sie bei 5,1% liegen (Tabelle 3).

Die Entwicklung in den weiteren **asiatischen Volkswirtschaften** fällt recht unterschiedlich aus. So konnten fortgeschrittenen Volkswirtschaften wie Südkorea und Taiwan im vergangenen Jahr eine schnelle wirtschaftliche Erholung verzeichnen. Dagegen fiel die Erholung in einigen Schwellenländern, etwa in Thailand, deutlich schwächer aus. Bleiben starke neue Infektionswellen aus, könnten zunehmende Impffortschritte und Lockerungen der internationalen Reisebeschränkungen ein stärkeres Wachstum auch in den Dienstleistungsbereichen ermöglichen. Dagegen geht vom Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise ein dämpfender Effekt auf die Aktivität in denjenigen Ländern aus, die diese Produkte importieren. Auch weil zu erwarten ist, dass die geld- und fiskalpolitische Stützungsmaßnahmen zurückgefahren werden dürften. Gleichzeitig könnte es angesichts der geldpolitischen Straffung in den Vereinigten Staaten zu einer Verschlechterung der finanziellen Bedingungen für viele Schwellenländer kommen, was ebenfalls die konjunkturelle Entwicklung belasten würde.

Nachdem das BIP in **Indien** im zweiten Quartal vor dem Hintergrund einer starken Infektionswelle erneut eingebrochen war, erholte es sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wieder deutlich, so dass im Gesamtjahr ein kräftiges Wachstum von 8,2% zu verzeichnen war. Die zunehmende Impfquote dürfte dazu beigetragen haben, dass der jüngste Anstieg der Infektionszahlen die Wirtschaft weniger stark belastet als frühere Phasen der Pandemie. Die Einkaufsmanagerindizes gingen nur leicht zurück und signalisierten zuletzt eine positive Tendenz.

In **Lateinamerika** war im Jahresverlauf 2021 nur ein eher geringes Wachstum zu verzeichnen. Neben den direkteren Folgen der andauernden Pandemie trugen hierzu Lieferschwierigkeiten und erhöhte Preise für Produktionsmittel bei, welche die

Produktion belasten. Gleichzeitig strafften die Zentralbanken etwa in Brasilien und Mexiko aufgrund des gestiegenen Preisdrucks ihre Geldpolitik spürbar. In Mexiko liegt das BIP noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Im laufenden Jahr dürfte sich die Erholung der Wirtschaft Lateinamerikas zwar fortsetzen, allerdings dürfte die Dynamik dabei eher verhalten bleiben

Tabelle 3

Reales BIP und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

2021 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2021	2022 ^P	2023 ^P	2021	2022 ^P	2023 ^P
China¹	8,1	5,4	5,1	0,9	1,8	2,4
Ostasien²	4,5	4,2	3,9	2,1	3,2	2,0
Korea	4,0	3,0	2,6	2,5	3,6	1,8
Indonesien	3,7	5,7	5,4	1,6	3,0	3,0
Taiwan	6,4	3,7	2,5	1,8	2,6	1,4
Thailand	1,6	4,0	4,5	1,2	3,9	1,2
Hong Kong	6,4	0,7	3,4	1,6	2,2	2,2
Singapur	7,6	3,9	2,1	2,3	3,6	1,2
Malaysia	3,3	6,5	5,7	2,5	2,8	2,2
Philippinen	5,3	7,7	7,2	3,9	3,6	3,4
Indien	8,2	8,1	5,7	5,1	5,8	4,5
Lateinamerika	5,6	1,9	2,0	12,7	12,9	8,4
Brasilien	5,0	1,2	2,0	8,3	8,1	3,8
Mexiko	5,0	2,3	2,1	5,7	5,9	3,6
Argentinien	9,5	3,2	2,0	48,4	50,0	38,6
Russland	4,7	-10,0	-2,0	6,7	20,0	10,0

Eigene Berechnungen nach nationalen Angaben. - ¹Ohne Hong Kong. - ²Länder gewichtet mit dem U.S. Dollar BIP von 2020. ^PPrognose.

2.4 Euro-Raum: Krieg in der Ukraine belastet die Konjunktur

Die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum wurde im vergangenen Jahr weiter von der Pandemie bestimmt. Im zweiten und im dritten Quartal nahm die Erholung der Wirtschaft vor dem Hintergrund geringerer Infektionszahlen und gelockerter Eindämmungsmaßnahmen an Fahrt auf. Das BIP stieg um 2,2% beziehungsweise 2,3% gegenüber dem jeweiligen Vorquartal. Im vierten Quartal kam es jedoch angesichts des erneuten starken Anstiegs der Fallzahlen und neuerlicher Verschärfungen der Eindämmungsmaßnahmen zu einer deutlichen Abbremsung der konjunkturellen Dynamik. Zwar konnte der Euro-Raum insgesamt mit 0,3% noch ein positives Quartalswachstum verzeichnen. Die Entwicklung in den Mitgliedstaaten war jedoch heterogen, und in einigen Mitgliedstaaten kam es zu einem Rückgang der

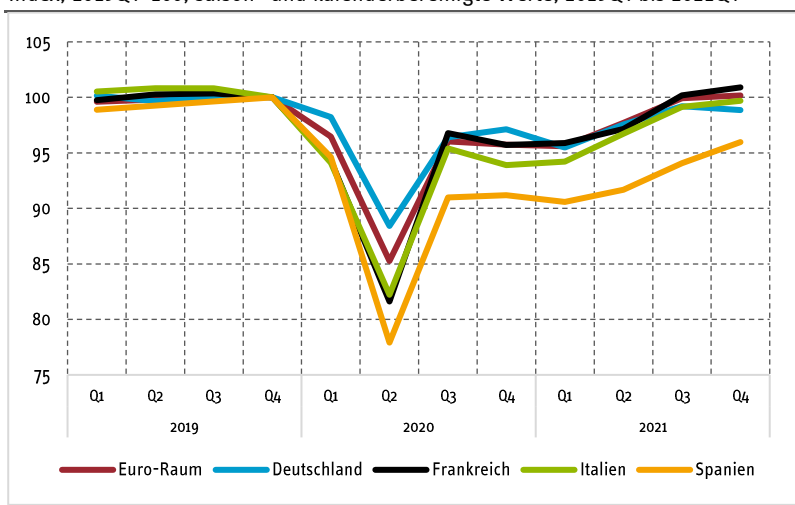
Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Wirtschaftsleistung. Während das BIP damit in der Währungsunion insgesamt nach zwei Jahren das Vorkrisenniveau aus dem vierten Quartal 2019 erstmals wieder übertraf, gilt dies nicht für alle Mitgliedstaaten. So lag das BIP nicht zuletzt in den großen Mitgliedstaaten Deutschland, Italien und Spanien noch niedriger (Schaubild 7). In Frankreich konnte dagegen das Vorkrisenniveau bereits im dritten Quartal übertroffen werden. Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur der Mitgliedstaaten tragen zur heterogenen Entwicklung bei. So schränkte die Pandemie etwa weiterhin Aktivitäten im Tourismusbereich ein, währten Engpässe in den internationalen Lieferketten die Industrie in einigen Mitgliedstaaten stärker belasten.

Schaubild 7

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum und großen Mitgliedstaaten

Index, 2019Q4=100, saison- und kalenderbereinigte Werte, 2019Q4 bis 2021Q4



Quellen: Eurostat und eigene Berechnungen.

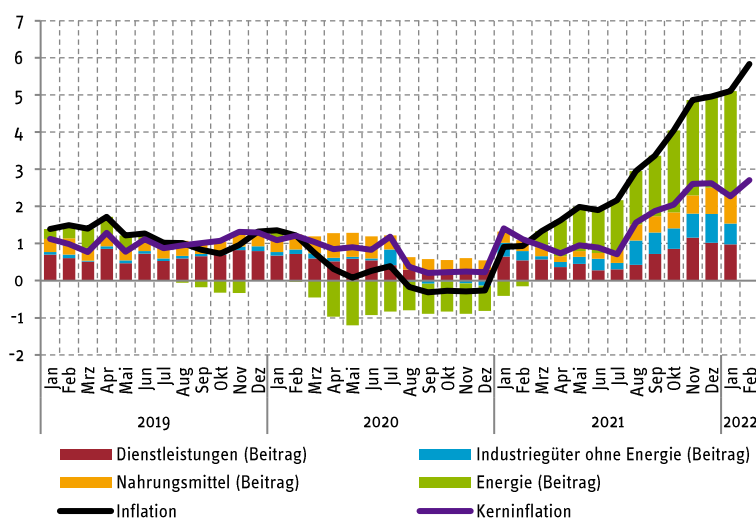
Die mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflation im Euro-Raum ist in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres deutlich gestiegen. Nachdem sie im Juni noch bei 1,9% gegenüber dem Vorjahresmonat gelegen hatte, stieg sie bis Dezember auf 5,0%. Auch mit dem Wegfallen von einigen Basis- und Sondereffekten, etwa aufgrund der temporären Umsatzsteuersenkung in Deutschland im Jahr 2020, blieb die Inflationsrate im Januar mit 5,1% sehr hoch. Während daran der starke Anstieg der Energiepreise einen wesentlichen Anteil hat (Schaubild 8), zeigt sich auch bei den übrigen Komponenten ein erhöhter Preisdruck. Die Kerninflation ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel lag im Januar bei 2,3%. Damit lag auch sie über dem Inflationsziel der EZB von 2%. Dies war in 14 der 19

Mitgliedstaaten der Fall. Laut Schnellschätzung von Eurostat stiegen die Raten im Februar weiter auf 5,8% für den Gesamtindex und 2,7% für die Kerninflation. Die Inflationsrate des Gesamtindex erreichte in den einzelnen Mitgliedstaaten dabei Werte zwischen 4,1% in Frankreich und 13,9% in Litauen.

Schaubild 8

Harmonisierter Verbraucherpreisindex im Euro-Raum

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % und Wachstumsbeiträge in %-Punkten



Quellen: Eurostat und eigene Berechnungen.

Der Arbeitsmarkt erholte sich weiter vom pandemiebedingten Einbruch. Nach dem leichten Rückgang der Erwerbstätigkeit im ersten Quartal 2021 stieg diese in den drei folgenden Quartalen an. Damit wurde im vierten Quartal das Vorkrisenniveau aus dem Schlussquartal 2019 übertroffen. Die harmonisierte Arbeitslosenquote (nach ILO-Definition) verringerte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich und sank im Euro-Raum im Januar auf 6,8%. Damit liegt sie fast 2 Prozentpunkte unter dem Höchstwert der Corona-Rezession von 8,6% im August und September 2020 und seit November auch unter dem zwischenzeitlichen Vorkrisentiefpunkt von 7,2% im März 2020.

Angesichts der wirtschaftlichen Erholung und der damaligen Prognosen für die Inflationsentwicklung hatte der EZB-Rat in seiner Sitzung im Dezember eine Anpassung der Anleihekäufe und ein Ende der Nettozukäufe unter dem Pandemie-Notfallprogramm (PEPP) beschlossen. Während diese Entscheidung im Februar dieses

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Jahres bestätigt wurde, beschloss der EZB-Rat in seiner März-Sitzung angesichts von Inflationsraten, die deutlich höher ausfielen als erwartet worden war, eine weitere Reduktion der Anleihekäufe. Sofern nicht neue Entwicklungen in den Daten dagegensprechen, sollen demnach die Zukäufe im Rahmen des PEPP Ende März und die Nettozukäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im dritten Quartal beendet werden. Die Leitzinsen beließ die EZB bislang unverändert. Eine Anpassung hier ist erst für nach dem Ende der Nettokäufe im Rahmen des APP vorgesehen. Um das Erreichen ihres mittelfristigen Inflationsziels sicherzustellen, ist der Rat laut eigenen Angaben bereit, angemessene Anpassungen der geldpolitischen Instrumente vorzunehmen.

Die Erholung der Wirtschaft ging mit steigenden Staatseinnahmen einher. Zusammen mit dem allmählichen Zurückführen der während der pandemiebedingten Stützungsmaßnahmen führt dies dazu, dass die Budgetdefizite der Staaten zurückgehen (Tabelle 4). Nicht zuletzt die durch das Konjunkturpaket der Europäischen Union „NextGenerationEU“ finanzierten Ausgaben dürfte die Erholung weiter stützen. Zudem haben vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiepreise Mitgliedstaaten verschiedene Maßnahmen zur Entlastung der privaten Haushalte angekündigt. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine wird zudem vielerorts eine Ausweitung der Verteidigungsausgaben geprüft oder wurde bereits beschlossen.

Tabelle 4

Gesamtstaatliche Budgetsalden im Euro-Raum: Gesamtbilanz und Primärbilanz

2021 bis 2023; In % des BIP

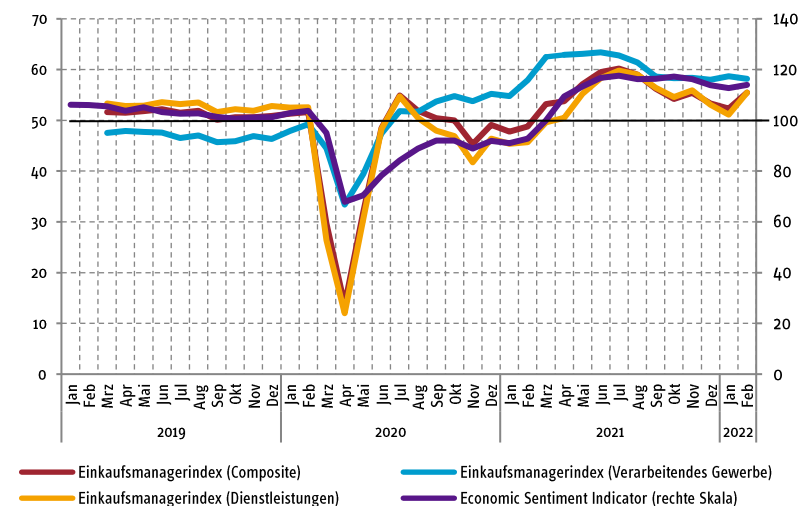
	2021 ^P		2022 ^P		2023 ^P	
	Gesamt	Primär	Gesamt	Primär	Gesamt	Primär
Deutschland	-3,7	-3,1	-2,3	-1,8	-1,7	-1,2
Frankreich	-8,1	-7,0	-5,3	-4,3	-3,6	-2,6
Italien	-9,3	-5,9	-5,9	-3,2	-4,6	-1,9
Spanien	-8,1	-5,9	-5,2	-3,3	-4,5	-2,6
Niederlande	-5,1	-4,6	-1,5	-1,1	-0,8	-0,5
Belgien	-7,7	-6,1	-5,0	-3,7	-4,9	-3,7
Österreich	-5,9	-4,8	-2,7	-1,8	-1,6	-0,7
Irland	-3,3	-2,6	-3,0	-2,3	-1,5	-0,8
Finnland	-3,9	-3,4	-2,9	-2,5	-1,8	-1,4
Portugal	-4,5	-1,9	-3,6	-1,4	-3,0	-0,9
Griechenland	-10,1	-7,6	-4,9	-2,4	-2,5	-0,2
Slowakei	-7,3	-6,1	-4,9	-3,8	-4,4	-3,3
Luxemburg	-0,2	-0,1	-0,3	-0,1	-0,1	0,0
Litauen	-4,1	-3,6	-3,4	-3,1	-1,5	-1,3
Slowenien	-6,6	-5,3	-3,5	-2,3	-2,9	-1,8
Lettland	-9,6	-8,9	-5,0	-4,4	-3,2	-2,6
Estland	-2,9	-2,9	-2,4	-2,3	-2,5	-2,4
Zypern	-4,8	-2,9	-1,6	-0,1	-1,0	0,2
Malta	-9,9	-8,8	-4,3	-3,3	-3,6	-2,6
Euro-Raum	-6,3	-4,9	-3,9	-2,7	-2,9	-1,8

Eigene Prognosen nach Angaben von Eurostat und AMECO. – ^PPrognose. Zur Berechnung vgl. Schmidt et al. (2016).

Die bei Unternehmen erhobenen Umfragedaten deuteten im Februar eine verbesserte konjunkturelle Dynamik an (Schaubild 7). Hierzu dürfte die Erwartung weiterer Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen beigetragen haben. So stieg der Einkaufsmanagerindex im Dienstleistungsbereich wieder spürbar an, nachdem er seit dem Herbst tendenziell rückläufig gewesen war. Im Verarbeitenden Gewerbe befindet sich der Index auf einem hohen Niveau. Hier dürfte das allmähliche Abklingen von Lieferschwierigkeiten die Aussichten verbessert haben. Allerdings wurden diese Daten vor dem Beginn des Angriffs der russischen Armee auf die Ukraine erhoben. Die mit dem Krieg verbundene Unsicherheit sowie der nochmals deutlich beschleunigte Anstieg der Preise für viele Rohstoffe dürften die Einschätzungen wieder merklich eintrüben.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Schaubild 7
Geschäftsklima Frühindikatoren
 Januar 2019 bis Februar 2022, Indexpunkte



Quelle: Macrobond.

Insbesondere die erhöhten Rohstoffpreise dürften viele Unternehmen und die privaten Haushalte belasten und die Erholung der Wirtschaftsleistung dämpfen. Allerdings dürfte nicht zuletzt durch die Rückführung der Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen die Aktivität in vielen Dienstleistungsbereichen spürbar ansteigen. Zudem dürften sich die Lieferengpässe weiter lösen und eine Steigerung der Produktion ermöglichen. Entsprechend stellen erneute Aktivitätseinschränkungen aufgrund einer wieder stärkeren Belastung durch die Pandemie und Störungen der Lieferketten durch Pandemieausbrüche in anderen Regionen der Welt oder infolge des Krieges ein erhebliches Risiko für die weitere Entwicklung dar. Insgesamt dürfte das BIP im Euro-Raum in diesem und im kommenden Jahr um 3,4% beziehungsweise 2,9% zunehmen (Tabelle 5). Hierzu trägt nicht zuletzt eine erwartete starke Entwicklung des privaten Konsums bei (Tabelle 6).

Tabelle 5

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den Ländern des Euro-Raums

2021 bis 2023

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	2021P	2022P	2023P	2021P	2022P	2023P	2021P	2022P	2023P
Deutschland	2,9	2,6	3,8	3,2	5,7	2,1	3,5	3,1	3,0
Frankreich	7,0	3,5	2,1	2,1	4,2	2,1	7,9	7,2	7,2
Italien	6,6	3,7	2,0	1,9	5,8	1,9	9,5	9,0	8,8
Spanien	5,0	5,6	3,7	3,0	6,2	2,1	14,8	13,3	13,1
Niederlande	4,8	3,6	2,0	2,8	7,1	2,3	4,2	3,7	3,5
Belgien	6,1	2,9	2,0	3,2	8,0	2,3	6,3	5,7	5,5
Österreich	4,6	3,6	2,5	2,8	5,2	2,3	6,2	4,9	4,8
Irland	13,4	3,1	4,7	2,4	4,7	1,8	6,3	5,1	4,9
Finnland	3,3	2,3	1,7	2,1	4,7	1,9	7,6	6,9	6,7
Portugal	4,9	4,9	2,5	0,9	4,5	2,5	6,6	5,8	5,7
Griechenland	7,9	3,3	2,7	0,6	5,3	1,5	14,8	12,7	12,3
Slowakei	3,0	2,9	3,6	2,8	7,9	2,9	6,8	6,3	5,8
Luxemburg	6,9	3,1	2,9	3,5	6,5	3,1	5,6	4,7	4,6
Litauen	4,8	2,5	3,0	4,6	12,3	2,9	7,1	7,0	6,8
Slowenien	8,1	6,3	3,1	2,0	6,3	2,7	4,7	4,3	4,3
Lettland	4,5	2,0	2,3	3,2	8,3	3,3	7,6	7,5	7,4
Estland	8,2	3,0	2,3	4,5	11,8	4,5	6,2	5,4	5,3
Zypern	5,5	3,3	3,7	2,3	5,2	2,3	7,6	6,3	6,2
Malta	9,3	6,5	4,1	0,7	4,9	2,5	3,6	3,2	3,1
Euro-Raum ³	5,3	3,4	2,9	2,6	5,8	2,2	7,7	7,0	6,8
Neue EU-Staaten	5,5	3,7	3,8	4,4	8,8	5,3	4,2	4,5	4,2
Schweden	4,6	2,9	2,1	2,7	4,7	2,2	8,8	8,0	7,8
Dänemark	4,1	2,5	2,1	1,9	5,1	2,0	5,1	4,7	4,6
EU-27 ³	5,3	3,4	2,9	2,8	6,0	2,4	7,0	6,5	6,3

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. - ¹Harmonisierte Verbraucherpreisindizes. - ²Standardisiert. - ³Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Anzahl der Erwerbspersonen von 2020 gewogener Durchschnitt.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 6

Eckwerte der Konjunktur im Euro-Raum

2019 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2019	2020	2021p	2022p	2023p
Privater Konsum	1,4	-8,0	3,5	4,3	2,5
Öffentlicher Konsum	1,8	1,1	3,8	1,1	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	6,8	-7,3	4,3	4,0	4,1
Vorratsveränderungen ¹	-0,1	-0,5	0,4	0,1	0,0
Inlandsnachfrage	2,6	-6,3	4,1	3,5	2,5
Export	2,7	-9,4	10,9	6,3	4,2
Import	4,8	-9,2	8,6	6,7	3,6
Außenbeitrag ¹	-0,8	-0,4	1,3	0,1	0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	-6,5	5,3	3,4	2,9
Verbraucherpreise	1,2	0,3	2,6	5,6	2,1
Arbeitslosenquote ²	7,6	8,0	7,7	7,0	6,8

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat. – ^pEigene Prognose. – ¹Wachstumsbeitrag in %-Punkten. – ²Harmonisiert nach ILO, in % der Erwerbspersonen.

Die Inflationsrate dürfte zunächst noch sehr hoch bleiben. Wenn der starke Energiepreisanstieg wie angenommen zu Ende geht, dürften die Raten dann allmählich zurückgehen. Dazu trägt bei, dass das vergleichsweise niedrige Ausgangsniveau aus dem vergangenen Jahr aus dem Vorjahresvergleich fällt. Im Jahresdurchschnitt 2022 kommt es allerdings zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsrate auf 5,6%. Die Kerninflation (ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise) dürfte bei 2,7% liegen. Im kommenden Jahr dürften die Raten dann auf 2,1% beziehungsweise 1,9% zurückgehen.

Die Arbeitsmarktlage dürfte sich weiter verbessern. Insbesondere in den kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen sollte über den Sommer die Beschäftigung weiter steigen. Die Arbeitslosenquote dürfte weiter zurückgehen, angesichts der bereits erreichten Verbesserung sowie der gestiegenen Unsicherheit allerdings nicht mehr so stark wie im Vorjahr. In diesem Jahr dürfte sie im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt auf 7,0% sinken und im Jahr 2023 dann noch 6,8% betragen.

2.5 Vereinigtes Königreich: Wirtschaftsleistung hat Vorpandemieniveau erreicht

In der zweiten Jahreshälfte 2021 hat sich die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich weiter erholt. Das BIP stieg in beiden Quartalen um jeweils 1%. Auf Monatebene kam es zum Jahresende vor dem Hintergrund des starken Anstiegs der Infektionszahlen mit Ausbreitung der Omikron-Variante im Dezember zu einem Rückgang des BIP. Im Januar war dann aber schon wieder ein Anstieg zu verzeichnen und das monatliche BIP lag um 0,4% über dem Vorpandemieniveau von zwei Jahren zuvor.

Insgesamt zeichnet sich die pandemiebedingte Rezession auch im Vereinigten Königreich, etwa gegenüber der Finanzkrise 2008, damit durch einen sehr tiefen Einbruch, aber auch durch eine relativ schnelle Erholung aus (Schaubild 8). Auf Jahres-sicht wuchs das BIP im vergangenen Jahr um 7,5%.

Schaubild 8

Monatliches reales Bruttoinlandsprodukt im Vereinigten Königreich

Monatlicher Index, 2019=100, Januar 2007 bis Januar 2022



Quelle: ONS.

Mit dem Rückgang der Infektionszahlen und der Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen verbesserte sich die Stimmung in den Unternehmen weiter. So stieg der Einkaufsmanagerindex im Februar kräftig an und signalisiert mit Werten von 60.5 im Dienstleistungsbereich und 58 im Verarbeitenden Gewerbe einen kräftigen Anstieg der Aktivität. Die Erholung zeigt sich auch am Arbeitsmarkt, wo die Arbeitslosenquote zuletzt bei 3,9% lag. Während die Zahl der Beschäftigten mit einer Vollzeitanstellung ihr Vorpandemieniveau überschreitet, hat sich die Beschäftigung insgesamt noch nicht wieder erholt. Dies gilt auch für die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden. Die hohe Zahl der ausgeschriebenen offenen Stellen deutet auf die hohe Auslastung am Arbeitsmarkt hin. Die Inflationsrate ist im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Nachdem sie im Verbraucherpreisindex im Januar 2021 noch bei 0,7% gelegen hatte, lag sie im Januar 2022 bei 5,5%. Einen wesentlichen Anteil hieran hat die Entwicklung der Energiepreise. Angesichts der starken Inflation erhöhte die Bank of England ihren Leitzins im Dezember und Februar jeweils um 0,25 Prozentpunkte, auf zuletzt 0,5%. Gleichzeitig werden die Bestände aus den Anleihekäufen durch ein Ende der Reinvestitionen zurückgefahren. Eine weitere Straffung der Geldpolitik ist zu erwarten.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Angesichts der weiteren Lockerungen ist zu erwarten, dass die Wirtschaftsleistung insbesondere in den Dienstleistungsbereichen weiter zunimmt. Gleichzeitig belasten jedoch die stark gestiegenen Preise, insbesondere für Energie, Unternehmen und private Haushalte. Insgesamt dürfte der BIP-Anstieg in diesem Jahr bei 4,5% liegen und im kommenden Jahr 2,0% betragen. Die Inflation dürfte im laufenden Jahr mit 5,6% deutlich über dem Zielwert der Notenbank von 2% liegen, im kommenden Jahr aber auf 2,6% zurückgehen.

2.6 Mittel- und Osteuropa: Krieg in der Ukraine dämpft Wirtschaftsaussichten

Insgesamt verzeichneten die **mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)** im Jahr 2021 ein solides Wachstum von über 5%. Aufgrund starker Nachholeffekte war das BIP-Wachstum in Kroatien mit 10,4% besonders hoch. Der private Konsum erholte sich in der zweiten Jahreshälfte zunehmend. Allerdings sank das Verbrauchervertrauen angesichts des steigenden Preisdrucks und der Ausbreitung der Omikron-Virusvariante im vierten Quartal deutlich. Die Industrieproduktion erholte sich gegen Ende des Jahres, da die Lieferengpässe bei Vorprodukten etwas nachließen.

Die Arbeitslosigkeit sank in allen Ländern kräftig. In Tschechien und Polen betrug die Arbeitslosigkeit im Dezember 2021 weniger als 3%. Die Inflation erhöhte sich aufgrund steigender Löhne sowie höherer Energie- und Lebensmittelpreise stark und erreichte in allen MOEL im Dezember Werte von jeweils über 5%. Dieser Trend setzte sich Anfang dieses Jahres fort und wird sich im Hinblick auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die damit verbundenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland weiter beschleunigen. Während die höheren Energiepreise die Inflation anheizen, begrenzen Energiepreisregulierungen in einigen Ländern die unmittelbaren Auswirkungen. Zudem stellt die Abwertung der nationalen Währungen seit Beginn des Krieges einen zusätzlichen Inflationstreiber dar.

Um der hohen Inflation entgegenzuwirken, haben die Notenbanken in Tschechien, Ungarn, Rumänien und Polen ihre Geldpolitik im vergangenen Jahr und am Anfang dieses Jahres gestrafft. Zusätzlich trat in Ungarn Anfang Februar eine Deckelung der Preise von sechs Grundnahrungsmitteln in Kraft. Auch Polen hat Anfang Februar für sechs Monate die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wie Brot, Fleisch und Molkereiprodukte abgeschafft und die Steuer auf Kraftstoffe und Energieprodukte gesenkt. Um den Inflationsdruck zu dämpfen, sind weitere Leitzinserhöhungen durch die betreffenden Notenbanken in den kommenden Monaten zu erwarten.

Der Krieg in der Ukraine wird die Wirtschaftsdynamik der MOEL in den Jahren 2022 und 2023 belasten und zu einem weiteren Anstieg der Inflation in diesen Ländern führen. Allerdings sind die Handelsverflechtungen mit Russland sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite eher gering. Der Anteil Russlands an den gesamten

Warenexporten der jeweiligen Länder beträgt nur noch zwischen 2,8% in Polen und 1,0% in Kroatien, bei den gesamten Warenimporten (inklusive Energie) beläuft sich der Anteil Russlands zwischen jeweils 6,0% in Polen und Bulgarien und 1,7% in Kroatien. Infolgedessen dürften Störungen der bilateralen Handelsbeziehungen lediglich zu relativ geringen Auswirkungen in den MOEL führen. Jedoch dämpft der Krieg in der Ukraine die Wirtschaftsdynamik in den MOEL auch durch Auswirkungen auf die Finanzmärkte, anhaltende Engpässe in den Lieferketten, Vertrauensverluste und den zusätzlichen Druck auf die Energiepreise.

Der seit Ende Februar zu beobachtende kräftige Anstieg der Gas- und Ölpreise heizt die bereits hohen Energiepreise zusätzlich an. Dies dürfte sich negativ auf das verfügbare Einkommen der Haushalte auswirken und zusammen mit dem sinkenden Konsumentenvertrauen zu einer Abschwächung der Verbrauchernachfrage führen. Für die Unternehmen wirken sich neben den erhöhten Energie- und Rohstoffpreisen auch die Produktionsunterbrechungen infolge fehlender Vorprodukte negativ aus. Das sinkende Unternehmensvertrauen und niedrigere Unternehmensgewinne sowie kriegs- und pandemiebedingte Unsicherheiten können zu einer Zurückhaltung bei Investitionsvorhaben führen. Anhaltende Lieferengpässe trüben zusätzlich die Aussichten. Hingegen dürften die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt und insbesondere Zahlungen für Investitionsvorhaben im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms die Wirtschaftsleistung substantiell unterstützen.

Alles in allem ist in diesem und im nächsten Jahr ein durchschnittlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL um 3,7% beziehungsweise 3,8% zu erwarten (Tabelle 7). Die Abwärtsrisiken der Prognose bleiben dabei jedoch hoch.

Tabelle 7

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU

2021 bis 2023; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	2021	2022 ^P	2023 ^P	2021	2022 ^P	2023 ^P	2021	2022 ^P	2023 ^P
Polen	5,6	4,0	3,8	5,2	9,0	6,2	3,4	3,8	3,5
Tschechien	3,3	3,0	3,5	3,3	10,0	4,0	2,8	3,0	3,0
Rumänien	5,8	3,8	4,0	4,1	8,5	5,3	5,6	5,8	5,5
Ungarn	7,1	3,5	4,0	5,2	9,0	5,5	4,1	4,3	4,0
Bulgarien	3,8	3,3	3,5	2,9	6,0	3,2	5,3	5,5	5,3
Kroatien	10,0	3,8	4,0	2,7	5,0	3,0	7,9	7,0	6,5
Insgesamt ²	5,5	3,7	3,8	4,4	8,8	5,3	4,2	4,5	4,2

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. - ¹Standardisiert. - ²Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Zahl der Erwerbspersonen von 2020 gewogener Durchschnitt der aufgeführten Länder. - ^PPrognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

2.7 Russland: Wirtschaft stürzt in eine schwere Rezession

In **Russland** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr um 4,7%. Getragen wurde die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte durch eine Erholung der Investitionen und des privaten Konsums. Der rasche Zuwachs an Bankkrediten und die durch steigende Sozialtransfers gestärkten verfügbaren Einkommen der Haushalte stützten den Konsum. Die wachsende globale Rohstoffnachfrage führte zu einer kräftigen Zunahme der Industrieproduktion, darunter insbesondere der Rohöl- und der Erdgasproduktion. Da die Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe deutlich zunahmen, flossen aus deren Export beträchtliche Einnahmen in den Nationalen Wohlfahrtsfonds, dessen Volumen 12% des BIP erreichte. Die Erholung der Inlands- wie der Auslandsnachfrage führte zu einer deutlichen Zunahme der Inflation, die im Januar 2022 8,7 % betrug. Um den Inflationsanstieg einzudämmen, hob die Zentralbank den Leitzins mehrmals an, am 11. Februar auf 9,50 %.

Seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 und der Verhängung von Wirtschaftssanktionen durch mehr als 30 Länder hat sich der Wert des russischen Rubels um rund 40% verringert. Um die doppelte Belastung des Finanzsektors durch den Wertverlust des Rubels und die hohe Geldnachfrage zu bewältigen, erhöhte die Zentralbank den Leitzins am 28. Februar auf 20%. Diese Maßnahme dürfte die Kredite für Konsumenten und Unternehmen stark verteuern und sich negativ auf den privaten Konsum wie auch auf die Investitionen auswirken. Weitere wirtschaftliche Einbußen sind aufgrund der umfassenden Ausfuhrrestriktionen westlicher Staaten für Halbleiter, Flugzeuge, Software, etc. zu erwarten. Darüber hinaus dürfte das Angebot von verschiedenen Konsum- und Investitionsgütern in Russland knapp werden, da mehr als 300 internationale Unternehmen angekündigt haben, sich aus Russland zurückzuziehen oder ihre Aktivitäten im Land auszusetzen oder einzuschränken. Im Ergebnis wird die Inflation infolge der abwertungsbedingten Verteuerung importierter Waren sowie sanktionsbedingter Verknappungen von dem schon zuvor hohen Wert noch weiter zunehmen. Ebenso ist mit einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen, die im Vorjahr lediglich 4,8% betrug. Der Ausschluss von zwölf großen Banken aus dem internationalen Bezahlungssystem SWIFT wird trotz der Nutzung alternativer russischer und chinesischer Zahlungssysteme den Zahlungsverkehr mit dem Ausland erschweren.

Um einen Zusammenbruch des Finanzsektors zu verhindern und den Rubel zu stützen, wurden Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. Exportunternehmen müssen demnach 80% ihrer Deviseneinnahmen verkaufen. Außerdem gibt es Beschränkungen für Beträge, die auf ausländische Konten überwiesen und in Form von Devisenbargeld aus dem Land gebracht werden können. Der Devisenhandel wurde bis zum 9. September 2022 ausgesetzt. Der in Rubel notierende Aktienindex der Moskauer

Börse verlor am 24. Februar ein Drittel seines Wertes. Zwar wurde der Handel an der Moskauer Börse sodann eingestellt, aber die Kurse der an ausländischen Börsen notierten russischen Aktien sind seitdem weiterhin drastisch gefallen. Da etwa 15 Millionen Privatkunden russische Aktien halten, wirkt sich der Zusammenbruch des Aktienmarktes negativ auf das Vermögen vieler Einwohner in Russland aus. Um den Aktienmarkt zu stützen, kaufte die Regierung mit Geldern aus dem Nationalen Wohlfahrtsfonds Aktien russischer Unternehmen im Wert von 1 Mrd. Rubel auf. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten ausländischer Investoren, ihre Investitionen in russische Vermögenswerte zu repatriieren, eingeschränkt.

Da die russische Zentralbank wegen der verhängten Sanktionen nur beschränkt über ihre umfangreichen Devisenreserven von rund 630 Mrd. US-Dollar (40% in Relation zum BIP) verfügen kann, werden massive Auswirkungen für die russische Wirtschaft erwartet. Die Kreditwürdigkeit des Landes wurde von großen Ratingagenturen herabgestuft. Das Risiko, dass Russland nicht in der Lage sein wird, seine Schulden bei internationalen Gläubigern zu bedienen, ist erheblich. Auch viele russische Unternehmen werden möglicherweise ihre Fremdwährungsverbindlichkeiten nicht begleichen können. Längerfristig ist zudem eine Isolation von westlichen Technologien und Vorleistungen sowie eine starke Abwanderung ausländischer Investoren und des Humankapitals aus Russland zu erwarten.

Die EU hat bisher vier Sanktionspakete mit weitreichenden Restriktionen für den Finanzsektor, den Handel und mehr als 800 Personen erlassen. Eine Verringerung der Importe der EU von Öl und Gas um etwa zwei Drittel bis zum Ende dieses Jahres sowie das Importembargo der USA und Großbritanniens dürfte die Deviseneinnahmen Russlands reduzieren. Die Sanktionen haben sowohl kurz- als auch langfristige Auswirkungen für die russische Wirtschaft. Für das laufende Jahr ist eine starke Rezession in Russland zu erwarten. Die Wirtschaftsleistung dürfte um 10% zurückgehen. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaftsleistung um 2% zurückgehen.

Literatur

Bachmann, R., D. Baqaee, C. Bayer, M. Kuhn, A. Löschel, B. Moll, A. Peichl, K. Pittel und M. Schularick (2022), Was wäre, wenn...? Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Importstopps russischer Energie auf Deutschland, ECONtribute. Policy Brief No. 029

Bruegel (2022), Preparing for the first winter without Russian gas. Blogpost, veröffentlicht am 28.2.2022. <https://www.bruegel.org/2022/02/preparing-for-the-first-winter-without-russian-gas/>

EZB (2022), Erdgasabhängigkeit und Risiken für die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet. EZB-Wirtschaftsbericht 1/2022, S. 55-60.

Kimmich, C., S. Koch, T. König, S. Lappöhn, A. Schnabl, M. Wagner, K. Weyerstraß und H. Zenz

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

(2022), Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine und der Sanktionen gegen Russland – 15. März 2022. IHS Policy Brief Nr. 2/2022.

Schmidt, T., R. Döhrn, D. Grozea-Helmenstein, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2016), Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Keine durchgreifende Besserung. RWI Konjunkturberichte 67 (1): 5-36.

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Robin Jessen, Philip Schacht und Anne Steuernagel

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Gestiegene Energiepreise belasten die Erholung¹

Kurzfassung: Die Aussichten für die wirtschaftliche Erholung in Deutschland haben sich durch den Krieg in der Ukraine und die daraufhin verhängten Sanktionen gegen Russland deutlich verschlechtert. Bereits zum Ende des vergangenen Jahres kam es durch die steigende Zahl der Neuinfektionen und die damit verbundenen Infektionsschutzmaßnahmen sowie durch anhaltende Lieferengpässe zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung. Damit rückt die deutsche Wirtschaft an den Rand einer Rezession. Vor allem die seit Dezember kräftig gestiegenen Öl- und Gaspreise belasten Unternehmen und Haushalte in hohem Maße. Da es derzeit vor allem beim Gas nur in begrenztem Umfang Alternativen zu den Lieferungen aus Russland gibt, ist zu erwarten, dass die Preise noch längere Zeit hoch bleiben. Von den steigenden Energiekosten sind alle Verbraucher und Unternehmen betroffen, insbesondere aber energieintensive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Gestützt wird der private Konsum dagegen durch die bereits im Februar vorgenommenen Lockerungen bei den Infektionsschutzmaßnahmen.

Alles in allem dürfte die wirtschaftliche Expansion in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen als noch in unserer Dezemberprognose unterstellt wurde. Der Hauptgrund dafür sind die stark gestiegenen Preise für Öl und Gas. Dennoch ist zu erwarten, dass die Aufhebung der meisten Infektionsschutzmaßnahmen und die nachlassenden Lieferengpässe im Sommerhalbjahr zu einer recht deutlichen Ausweitung der Produktion führen werden. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir für dieses Jahr eine Ausweitung des BIP um 2,5%. Im kommenden Jahr dürfte die Expansion 3,6% betragen.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich weiter robust. Zuletzt war besonders bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ein starker Zuwachs zu verzeichnen. Diese Tendenz dürfte sich fortsetzen. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten dürfte wieder steigen, wobei die Anhebung des Mindestlohns diese Beschäftigungsform unattraktiver macht, aber zugleich die Anhebung der Minijobgrenze die geringfügige Beschäftigung begünstigt. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 2022 noch bei 5,0% und im Jahr 2023 bei 4,9% liegen.

¹ Abgeschlossen am 16.3.2022. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung sowie Christoph M. Schmidt und Florian Kirsch für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Seit Beginn dieses Jahres sind die Preise für Erdgas und Rohöl kräftig gestiegen. Der Druck auf die Verbraucherpreise dürfte daher noch einige Monate anhalten. Die Inflationsrate wird wohl auch nach Abflauen des Rohstoffpreisschocks noch einige Zeit höher bleiben als im Durchschnitt der Jahre zuvor. Allerdings erwarten wir keine deutlichen Steigerungen bei den Tariflöhnen in der kurzen Frist, sodass es voraussichtlich nicht zu einer ausgeprägten Lohn-Preis-Spirale kommen wird. Insgesamt dürfte die Teuerungsrate in diesem Jahr 5,2% betragen und im kommenden Jahr auf 2,3% zurückgehen.

Wir erwarten, dass das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr mit knapp 89 Mrd. Euro deutlich geringer ausfallen wird als im Vorjahr (132 Mrd. Euro). Trotz einer Reihe einnahmemindernder Maßnahmen dürften die Staatseinnahmen im Zuge der weiteren wirtschaftlichen Erholung deutlich zulegen und das Finanzierungsdefizit im Jahr 2023 weiter auf gut 70 Mrd. Euro zurückgehen.

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2020 bis 2023

	2020	2021	2022 ^p	2023 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	-4,6	2,9	2,5	3,6
Erwerbstätige ² , in 1000	44 898	44 920	45 426	45 682
Arbeitslose ³ , in 1000	2 695	2 613	2 290	2 255
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,9	5,7	5,0	4,9
Verbraucherpreise, Veränderung in %	0,5	3,1	5,2	2,3
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	3,4	0,8	1,7	-0,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-145,2	-132,5	-88,8	-70,1
in % des BIP	-4,3	-3,7	-2,3	-1,7
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	238,7	265,3	215,5	270,1
in % des BIP	7,1	7,4	5,7	6,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

Summary: *The prospects for economic recovery in Germany have deteriorated significantly due to the war in Ukraine and the accompanied sanctions imposed on Russia. Already at the end of last year, the rising number of new infections and the associated infection control measures, as well as persistent supply bottlenecks, led to a decline in economic output. This brings the German economy to the brink of a new recession. Above all, the oil and gas prices, which have risen sharply since December, are placing a heavy burden on companies and households. Since there are currently only limited alternatives to supplies from Russia, especially in the case of gas, prices are expected to remain high for some time. Private consumption, on the other hand, will be supported by the easing of infection control measures already implemented in February.*

All in all, economic expansion this year is likely to be significantly lower than we assumed in our December forecast. The main reason for this is the sharp rise in oil and gas prices. Nevertheless, the lifting of most infection control measures and the easing of supply bottlenecks are expected to lead to a fairly significant expansion of production in the summer half-year. On an annual average, we expect GDP to expand by 2.5% this year. Next year the expansion should be 3.6%.

The German labour market continues to be robust. Recently, strong growth was recorded especially in employment subject to social security contributions. This trend is likely to continue. The number of marginally employed is also likely to rise again, although the increase in the statutory minimum wage makes this form of employment less attractive. At the same time, the increase in the mini-job limit will again favour marginal employment. The unemployment rate should still average 5.0% in 2022 and 4.9% in 2023.

Since the beginning of this year, prices for natural gas and crude oil have risen sharply. The pressure on consumer prices is therefore likely to continue for some months. The inflation rate will probably remain higher than the average of the previous years for some time even after the commodity price shock subsides. However, we do not expect significant increases in collectively agreed wages in the short term, so this does not threaten to lead to a pronounced wage-price spiral. Overall, the inflation rate should be 5.2% this year and decline to 2.3% next year.

At a good 78 billion euros, the financing deficit of the public budgets is likely to be much lower this year than last year (132 billion euros). Despite a series of revenue-reducing measures, government revenues are likely to increase significantly as the economy continues to recover. In 2023, we expect the fiscal deficit to decline further to just under 70 billion euros.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Key forecast Data

2020 to 2023

	2020	2021	2022 ^f	2023 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	-4.6	2.9	2.5	3.6
Employed persons ² , in 1000	44 898	44 920	45 426	45 682
Unemployed ³ , in 1000	2 695	2 613	2 290	2 255
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.9	5.7	5.0	4.9
Consumer prices, change in percent	0.5	3.1	5.2	2.3
Labor unit costs ⁵ , change in percent	3.4	0.8	1.7	-0.2
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-145.2	-132.5	-88.8	-70.1
in percent of GDP	-4.3	-3.7	-2.3	-1.7
Current account balance ⁷				
in EUR bn	238.7	265.3	215.5	270.1
in percent of GDP	7.1	7.4	5.7	6.7

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. Zusätzliche Belastungen der wirtschaftlichen Erholung

Aufgrund des Krieges in der Ukraine und die daraufhin verhängten Sanktionen gegen Russland haben sich die Aussichten für die wirtschaftliche Erholung deutlich verschlechtert. Bereits zum Ende des vergangenen Jahres kam es durch die steigende Zahl der Neuinfektionen und die damit verbundenen Infektionsschutzmaßnahmen sowie durch anhaltende Lieferengpässe zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung. Damit rückt die deutsche Wirtschaft an den Rand einer Rezession. Die schon seit Dezember kräftig gestiegenen Öl- und Gaspreise belasten Unternehmen und Haushalte zusätzlich. Da es derzeit vor allem beim Gas nur in begrenztem Umfang Alternativen zu den Lieferungen aus Russland gibt, ist zu erwarten, dass die Preise noch längere Zeit hoch bleiben. Dazu kommt, dass durch die Sanktionen, die von EU-Mitgliedsländern beschlossen wurden, der Handel mit Russland weiter deutlich eingeschränkt wurde. Durch den Krieg in der Ukraine ist auch der Handel mit diesem Land zum Erliegen gekommen.

Von den steigenden Energiekosten sind alle Verbraucher und Unternehmen betroffen, insbesondere aber energieintensive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, wie z.B. die Chemische Industrie, die Stahlindustrie und auch die Papier- und die Glasindustrie. Wie in der Chemischen Industrie werden damit zum Teil Unternehmen belastet, die auch schon von den Lieferengpässen betroffen sind, welche sich zu Beginn dieses Jahres anscheinend wieder etwas verstärkt haben. Durch den Einbruch des Handels mit Russland und der Ukraine werden sich die Lieferprobleme weiter verstärken, z.B. in der Automobilindustrie. Daher ist zu erwarten, dass die Belastungen im Verarbeitenden Gewerbe, das sich zu Jahresbeginn etwas erholen konnte, wieder zunehmen.

Auch bei den Dienstleistungen dürften die kräftig gestiegenen Energiepreise dämpfend wirken. So ist zu erwarten, dass sich die Verbraucher angesichts der stark steigenden Preise zunächst bei größeren Anschaffungen zurückhalten. So zeigen Coibion et al. (2019), dass ein Anstieg der Inflationserwartungen zu einem Rückgang der Nachfrage insbesondere nach langlebigen Konsumgütern führt. Dieser Effekt dürfte auf einen erwarteten Rückgang der real verfügbaren Einkommen zurückzuführen sein. In der aktuellen Situation ist allerdings zu bedenken, dass die privaten Haushalte eine erhebliche Ersparnis angehäuft haben. Es liegt daher nahe, dass zumindest ein Teil dieser Ersparnis verwendet wird, um den oben beschriebenen Kaufkraftverlust auszugleichen. Zudem wird der private Konsum durch die bereits im Februar vorgenommenen Lockerungen bei den Infektionsschutzmaßnahmen gestützt.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen Sanktionen gegen Russland spiegeln sich derzeit in den verfügbaren Indikatoren zur realwirtschaftlichen Entwicklung noch nicht wider. So ist die Industrieproduktion im

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

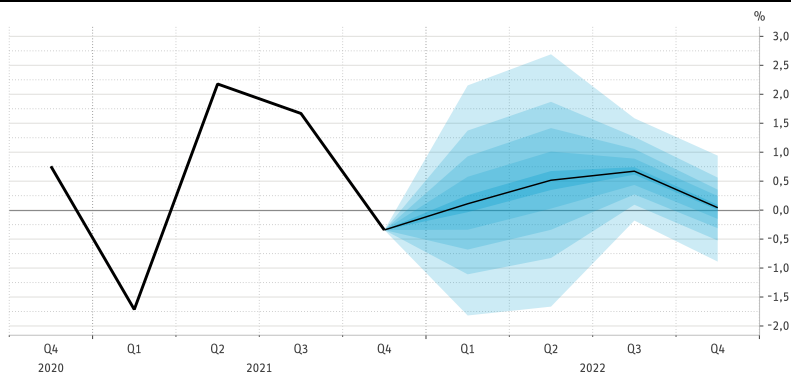
Januar trotz steigender Energiekosten und weiter bestehender Lieferengpässe deutlich gestiegen. Auch der ifo Geschäftsklimaindex hat im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Dienstleistungen und dem Handel sowohl bei der Lagebeurteilung als auch bei den Erwartungen bis Februar zugenommen.

Unser Nowcasting-Modell, das im Wesentlichen realwirtschaftliche Indikatoren berücksichtigt, die bis zum Januar vorliegen, liefert für das erste Quartal einen minimalen Anstieg des BIP gegenüber dem Vorquartal von 0,1% und für das zweite Quartal einen Anstieg von 0,5% (Schaubild 1). Für das dritte Quartal deutet das Modell auf eine deutlichere Ausweitung des BIP hin. Da das Modell die Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch den Krieg in der Ukraine nicht berücksichtigt, dürfte die tatsächliche BIP-Entwicklung schwächer ausfallen.

Schaubild 1

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (vgl. Döhrn et al., 2018: 29-31).

2. Wirtschaftliche Auftriebskräfte überwiegen

Der Krieg in der Ukraine stellt ein erhebliches Risiko für die Erholung der deutschen Wirtschaft von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise dar. Die Prognose beruht auf der Annahme, dass keine weiteren Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt und gleichzeitig die russischen Gaslieferungen an Deutschland fortgeführt werden. Zudem wird unterstellt, dass die Preise für Erdgas und Rohöl bis zum zweiten Quartal dieses Jahres steigen und anschließend langsam wieder zurückgehen.

Darüber hinaus wird angenommen, dass die Zahl der Neuinfektionen ab dem zweiten Quartal zurückgeht und die Infektionsschutzmaßnahmen im Zuge dessen weitgehend aufgehoben werden. Im kommenden Winter rechnen wir zwar erneut mit einem Anstieg der Infektionen, wir unterstellen jedoch, dass die Immunität der Bevölkerung hoch ist und keine einschneidenden Infektionsschutzmaßnahmen eingeführt werden. Schließlich gehen wir davon aus, dass sich die Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten nach und nach auflösen.

Vor diesem Hintergrund werden für die zentralen Rahmengrößen der Prognose die folgenden Werte festgelegt:

- Der Welthandel dürfte wegen des Krieges in der Ukraine und den Sanktionen gegen Russland belastet werden. Allerdings ist zu erwarten, dass die allmähliche Auflösung der Lieferengpässe den Welthandel im Verlauf dieses Jahres stützt. Da sich der Welthandel von dem starken Einbruch im Jahr 2020 bereits weitgehend erholt hat, dürfte sich sein Expansionstempo allmählich normalisieren. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir für dieses Jahr einen Zuwachs des Welthandels von 4,7% und für das kommende Jahr von 3,2%.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) ist seit Anfang dieses Jahres stark gestiegen. Die Futures-Preise zeigen für den Prognosezeitraum einen leichten Rückgang an. Im Jahresdurchschnitt wird der Ölpreis 100 Dollar je Barrel betragen. Im Jahr 2023 dürfte er dann auf 88 Dollar je Barrel sinken.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 1,10 Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes dürften in diesem Jahr um 2,4% steigen. Im kommenden Jahr ist ein moderater Zuwachs von 2,0% zu erwarten.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- Die Europäische Zentralbank (EZB) wird den Zins für Hauptrefinanzierungsgeschäfte in der zweiten Hälfte dieses Jahres anheben. Im kommenden Jahr dürfte die geldpolitische Straffung fortgesetzt werden und der maßgebliche Leitzins am Ende des Jahres bei 0,6% liegen.
- Die Finanzpolitik ist im laufenden Jahr leicht restriktiv ausgerichtet. Der restriktive Impuls macht in diesem Jahr (2021) 0,2% in Relation zum nominalen BIP aus. Im kommenden Jahr ist die Finanzpolitik expansiv, der Impuls beträgt 0,3% (Tabelle 2).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 2

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Steuerentlastungsgesetz 2022	-4,5	0,0
Erhöhung der Tabaksteuer	1,5	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-18,8	-2,8
Erhöhung Sparerpauschbetrag auf 1000 Euro	0,0	-0,5
Superabschreibungen (Koalitionsvertrag)	0,0	-0,3
Vollabzug von Rentenbeiträgen von zu versteuerndem Einkommen		-3,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Erhöhung Beitragssatz GRV um 0,1 Prozentpunkte 2023	0,0	1,0
Erhöhung ALV-Satz um 0,2 Prozentpunkte 2023	0,0	2,8
Erhöhung Zusatzbeitrag KV	1,1	1,2
Erhöhung Zusatzbeitrag KV	0,4	0,0
Wiedereinführung Nachholfaktor Rentenversicherung	-1,2	0,0
Erhöhung der Minijobgrenze ³	-0,4	-0,8
Erhöhung Insolvenzgeldumlage um 0,3 Prozentpunkte	-0,3	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Schutzausrüstung, Schnelltests und Impfkampagne	5,0	5,0
Entwicklungshilfe	-1,0	-0,5
Verteidigung	-8,0	-10,0
Coronaboni an Kinder und Grundsicherungsempfänger	3,1	0,0
Abschaffung EEG-Umlage	-6,5	-6,5
Corona-Hilfen	37,0	5,0
Zusätzliche Ausgaben Klimapaket	-1,0	-0,5
Gute-Kita-Gesetz	-0,5	0,0
Erhöhung Eigenkapital Deutsche Bahn	2,6	0,0
Senkung Trassenpreise Personenfernverkehr	-1,8	0,0
Ausgaben der Sozialversicherung		
Angleichung Rentenwert Ost	-0,4	-0,4
Grundrente	-1,8	0,9
Insgesamt	8,2	10,9
In Relation zum nominalen BIP in Prozent	0,2%	-0,3%

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWi - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ²Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassensjahr,

³Inklusive Auswirkung auf Steuereinnahmen und Ausgaben für Transfers

Die weitere konjunkturelle Entwicklung wird davon abhängen, in welchem Maße die durch die stark gestiegenen Preise für Erdgas und Rohöl entstandenen Belastungen für Unternehmen und Haushalte die aufgrund des Wegfalls der Infektionsschutzmaßnahmen zu erwartende wirtschaftliche Erholung konterkarieren.

Um die zusätzlichen Belastungen aus den gestiegenen Öl- und Gaspreisen im Prognosezeitraum zu ermitteln, wurde unterstellt, dass sich Öl- und Gaspreise entsprechend der aktuellen Futures-Preise entwickeln und die Importmengen aber im Prognosezeitraum konstant bleiben (Tabelle 3). Unter diesen Annahmen ergibt sich, dass in diesem Jahr ein Anteil von 1,5% des nominalen BIP mehr für den Import von Öl und Gas aufgewendet werden wird als im Jahr zuvor. Da die Futures-Preise für das kommende Jahr einen Rückgang der Preise andeuten, wird dann etwas weniger für Öl- und Gasimporte aufgewendet als in diesem Jahr (0,2% des nominalen BIP). Um die negativen Folgen für das reale BIP zu schätzen, kann auf empirische Studien zurückgegriffen werden. So beziffert der SVR (2006) den BIP-Effekt eines Ölpreisanstiegs um 10% mit -0,1%. Ähnliche Größenordnungen ergeben sich im RWI-Konjunkturmodell (Döhrn et al. 2014). Da in der gegenwärtigen Situation die Gaspreise deutlich stärker gestiegen sind als die Ölpreise, dürften die negativen Effekte für das BIP größer sein. Aufgrund des Anstiegs der Ölpreise seit dem Herbst 2021 um etwa 50% dürfte sich der Gesamteffekt somit auf gut 1% des BIP belaufen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 3

Energierechnung

	2019	2020	2021	2022	2023
Erdöl, roh					
in Mrd. € (Destatis)	36,4	24,0	33,9	47,6	41,8
in Mill. Tonnen (Destatis)	85,8	84,7	78,8	78,8	78,8
Veränderung ggü Vorjahr in %	1,2	-1,4	-6,9	0,0	0,0
Durchschnittspreis pro Tonne					
in €	423,8	283,9	429,8	604,0	529,6
Veränderung ggü Vorjahr in %	-5,8	-33,0	52,4	40,5	-12,3
US-Dollar pro Barrel (macro-trends, Futures)	57,0	39,7	68,2	95,8	84,0
Veränderung ggü Vorjahr in %	-12,6	-30,4	71,8	40,5	-12,3
Dollar-Euro-Kurs (Weltbank)	1,12	1,14	1,18	1,18	1,18
Erdgas					
in Mrd. € (Destatis)	27,1	19,9	38,8	78,6	78,6
in Mill. Tonnen (Destatis)	121,0	117,9	112,3	112,3	112,3
Veränderung ggü Vorjahr in %	24,5	-2,6	-4,7	0,0	0,0
Durchschnittspreis pro Tonne					
in €	223,6	169,0	345,8	700,0	700,0
Veränderung ggü Vorjahr in %	-17,2	-24,4	104,6	102,4	0,0
Energieeinfuhren in Mrd. €	63,4	44,0	72,7	126,2	120,3
Differenz zum Vorjahr in €	-1,0	-19,5	28,8	53,5	-5,9
Nominales BIP (Destatis)	3473,4	3367,6	3570,6	3663,5	3769,7
BIP Wachstum in %	3,1	-3,1	6,0	2,6	2,9
Belastung durch höhere Energieimporte in Relation zum nominalen BIP im Vergleich zum Vorjahr in %	0,0	0,6	-0,8	-1,5	0,2

Eigene Berechnung nach Angaben von Destatis, macrotrends, Weltbank

Alles in allem dürfte die wirtschaftliche Expansion in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen als noch in unserer Dezemberprognose unterstellt. Der Hauptgrund dafür sind die stark gestiegenen Preise für Öl und Gas. Dennoch ist zu erwarten, dass die Beseitigung der Infektionsschutzmaßnahmen und die nachlassenden Lieferengpässe im Sommerhalbjahr zu einer recht deutlichen Ausweitung der Produktion führen werden. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir für dieses Jahr eine Ausweitung des BIP um 2,5% (Schaubild 3). Im kommenden Jahr dürfte die Expansion 3,6% betragen (Tabelle 4).

Tabelle 4

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts
2020 bis 2023; in %

	2020	2021	2022 ^p	2023 ^p
Statistischer Überhang ¹	0,0	2,2	1,1	2,0
Jahresverlaufsrate ²	-2,9	1,8	3,5	2,7
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-4,9	2,9	2,6	3,8
Kalendereffekt ³	0,4	0,0	-0,1	-0,2
Durchschnittliche Veränderung	-4,6	2,9	2,5	3,6

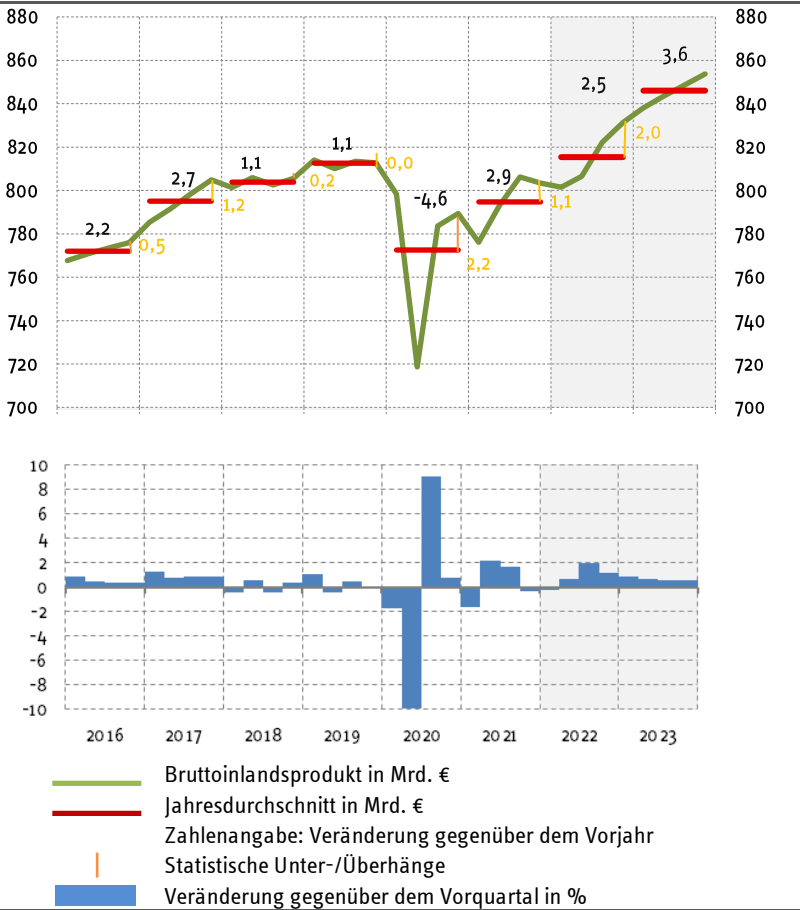
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2016 bis 2023; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem ersten Quartal 2022 eigene Prognose.

Kasten 1

Prognose vom Frühjahr 2021 im Rückblick

Die Prognose vom vergangenen Frühjahr wurde am 17.3.2021 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt gingen wir davon aus, dass im Laufe des Frühjahrs die Corona-bedingten Infektionsschutzmaßnahmen aufgehoben werden und sich die Wirtschaft rasch von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie erholt. Dementsprechend wurden kräftige Zuwächse beim privaten Konsum, den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten prognostiziert.

Im Laufe des Jahres zeichneten sich immer deutlicher Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten ab, die mit kräftigen Preissteigerungen der jeweiligen Produkte einhergingen. Die Lieferengpässe dämpften die Anlageinvestitionen, sodass insbesondere der Prognosefehler der Ausrüstungen größer ist als in den Jahren vor der Pandemie üblich. Der größte Prognosefehler zeigte sich aber beim privaten Konsum, der in deutlich geringerem Maße ausgeweitet wurde als prognostiziert. Hier zeigt sich zum einen, dass die privaten Haushalte ihre Ausgaben angesichts der stark steigenden Preise deutlich stärker zurückgestellt haben als in der Prognose berücksichtigt wurde. Zudem ist der private Konsum durch die Infektionsschutzmaßnahmen im vierten Quartal deutlich stärker zurückgegangen als prognostiziert. Bei den übrigen Aggregaten waren die Prognosefehler deutlich kleiner als im langjährigen Durchschnitt vor der Krise, sodass der Fehler bei BIP nur um 0,1 Prozentpunkte über dem langfristigen Fehler liegt.

Prognose und Istwerte des BIP und seiner Komponenten 2021

	Prognose März 2021	Ist ¹	Absoluter Prognosefehler März 2021 ²	Durchschnitt 1995-2019
Privater Konsum	2,3	0,1	2,2	0,7
Staatskonsum	2,9	3,1	0,2	0,7
Anlageinvestitionen	3,7	1,5	2,2	2,2
Ausrüstungen	7,9	3,4	4,5	3,2
Bauten	1,3	0,7	0,6	2,4
Inlandsnachfrage	1,6	2,2	0,6	0,8
Außenbeitrag ³	2,1	0,8	1,3	0,7
Exporte	11,5	9,9	1,6	2,3
Importe	7,7	9,3	1,6	2,2
Bruttoinlandsprodukt	3,6	2,9	0,7	0,6
nachrichtlich:				
Verbraucherpreise	1,7	3,1	1,4	0,3

Eigene Berechnungen. – ¹Datenstand 25. Februar 2022. – ²Abweichung durch Rundungen. –

³Wachstumsbeitrag

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

2.1 Hohe Energiepreise belasten das Verarbeitende Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe hat sich im vierten Quartal überraschend stark von den Belastungen durch hohe Frachtraten, überlastete Transportkapazitäten und Engpässe in der Produktion von Vorprodukten erholt. Laut ifo-Umfragen haben sich diese Probleme im vierten Quartal in wichtigen Branchen wie dem Maschinenbau, der Chemie oder der Automobilbranche nicht weiter verstärkt. Im ersten Quartal zeigt sich in den Umfragen zu den Lieferengpässen sogar eine zunehmende Entspannung. In allen großen Wirtschaftszweigen – abgesehen von der Chemieindustrie – ist die Zahl der Unternehmen, die unter Lieferengpässen leiden, deutlich zurückgegangen. Dementsprechend hat die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Januar im Vergleich zum Vormonat um 1,3 % zugenommen. Der Lkw-Maut-Index deutet eine Fortsetzung der Erholung im Februar an.

Aufgrund des Krieges in der Ukraine haben sich die Bedingungen für eine weitere Erholung aber deutlich verschlechtert. Insbesondere Unternehmen aus energieintensiven Wirtschaftszweigen – wie der Herstellung von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, dem Metallgewerbe oder der Textilindustrie – werden von den stark gestiegenen Energiepreisen stark belastet. Zudem dürften sich aufgrund der Sanktionen gegen Russland und der Belastungen des Handels mit der Ukraine die Lieferschwierigkeiten bei einigen Rohstoffen, wie Nickel, Aluminium, Platin und Palladium, die zu großen Teilen aus Russland importiert werden, wieder verstärken. Diese Metalle stellen wichtige Schlüsselrohstoffe in der Produktion bestimmter Vorprodukte dar. So ist Palladium ein wesentlicher Bestandteil in der Herstellung von Halbleitern. Darüber hinaus führt der Ukraine-Krieg auch zum Mangel an bestimmten Vorprodukten, die in der Ukraine hergestellt werden. So fehlen der Automobilindustrie beispielsweise Kabelbäume und Bordnetze aus ukrainischer Produktion oder Neongas in der Herstellung von Halbleitern, das als Nebenprodukt in der Stahlproduktion entsteht. Dass Automobilunternehmen wie BMW und VW ihre Produktion teilweise gestoppt haben, ist erkennbar eine direkte Folge dieser Lieferprobleme. Neben der Automobilindustrie scheint auch der Maschinenbau in besonderem Maße unter den aktuellen Ereignissen zu leiden.

Die neuen Belastungen werden die Produktion bereits im ersten Quartal deutlich dämpfen und in den folgenden Quartalen anhalten (Tabelle 5). Gleichwohl ist davon auszugehen, dass sich die globalen Lieferengpässe, die in Folge der Corona-Pandemie entstanden sind, im Laufe des Jahres abbauen. Solange der Auftragsbestand weiterhin deutlich oberhalb der Produktion liegt, ist dann mit einer kräftigen Erholung im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen.

Auch im Dienstleistungssektor werden die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine spürbar sein. Zum einen stellen die stark steigenden Energiepreise eine Kostenbelastung dar. Zum anderen ist zu erwarten, dass die privaten Haushalte aufgrund der stark steigenden Verbraucherpreise einige Anschaffungen zurückstellen, da die real verfügbaren Einkommen zurückgehen. Andererseits wird der Dienstleistungssektor durch die Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen begünstigt. Aktuelle Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor bereits im Januar und Februar positiv entwickelt hat. So ist der Umsatz im Einzelhandel im Januar um 2% gegenüber dem Vormonat gestiegen. Ebenso verdeutlichen ifo-Umfrageergebnisse, dass Unternehmen im Dienstleistungssektor das Geschäftsklima seit Beginn des Jahres zunehmend positiv einschätzen. Damit übereinstimmend ist eine Zunahme der Mobilität seit Januar 2022 zu beobachten.

Insgesamt ist zu erwarten, dass im Dienstleistungssektor im ersten Quartal die Belastungen durch die Folgen des Krieges die positiven Folgen der Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen noch konterkarieren. In den folgenden Quartalen dürfen sich die Erholungskräfte durchsetzen und die Wertschöpfung kräftig ausgeweitet werden.

Tabelle 5

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	-0,2	0,6	1,9	1,1
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,9	1,6	2,2	-0,9	-0,2	0,6	1,9	1,1
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-1,1	-0,6	-1,6	1,8	-0,4	0,0	4,0	2,1
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-0,8	-0,9	-1,7	1,9	-0,3	0,0	4,3	2,2
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-2,7	1,1	-0,7	1,2	-0,7	0,0	2,0	1,8
Baugewerbe (F)	-4,6	2,3	-3,0	1,6	1,5	-0,8	0,7	0,7
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	-2,4	2,2	5,9	-1,6	-0,4	2,0	1,5	0,6
Information und								
Kommunikation (J)	-0,3	0,4	1,6	1,9	0,0	0,9	0,8	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-1,1	1,2	1,0	0,4	-0,5	0,0	0,8	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,3	-0,3	1,1	-0,3	-0,2	0,5	0,4	0,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	0,6	3,5	4,2	-0,9	-0,6	1,1	0,8	0,7
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	-0,2	4,1	3,3	-3,9	0,1	0,4	1,7	1,3
Sonstige Dienstleister (R-T)	2,9	-0,1	13,9	-10,0	-1,0	2,0	6,0	1,9

Eigene Prognose auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes. – 1Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

2.2 Neue Belastungen für den Außenhandel

Im Zuge der vorübergehenden Verringerung der Materialknappheiten zum Ende des Jahres sind die Warenexporte um 5,3% und die Warenimporte um 4,6% gestiegen. Diese Tendenz dürfte sich aber nicht fortsetzen. Bereits zum Jahresbeginn sind die nominalen Ex- und Importe gegenüber dem Vormonat deutlich zurückgegangen. Inzwischen dürfte der Krieg in der Ukraine trotz der vergleichsweise geringen Handelsvolumina mit Russland und der Ukraine durch die Einschränkung der Lieferketten und insbesondere durch die stark gestiegenen Energiepreise den Aufschwung im Außenhandel belasten. Darüber hinaus haben mehrere Corona-Ausbrüche in China zu Lockdown-Maßnahmen geführt, die Auswirkungen auch auf den Handel mit Deutschland haben könnten, sodass die Lieferprobleme wieder zunehmen dürften. Die Warenausfuhren werden daher wohl im ersten Quartal lediglich um 0,1% und im zweiten Quartal um 0,6% zulegen, die Wareneinfuhren um 0,2% bzw. 1,5%.

Auch der Austausch von Dienstleistungen hat sich zum Ende des vergangenen Jahres deutlich belebt. So sind die Dienstleistungsausfuhren um 2,5% und Dienstleistungseinfuhren um 6,8% gestiegen. Dies dürfte vor allem auf den Tourismus zurückzuführen sein. Da die Auftragslage in der Tourismusbranche gut ist, ist zu erwarten, dass sich die Erholung über den Sommer 2022 weiter fortsetzt: Die Dienstleistungsexporte dürften daher um 1,4% im ersten Quartal und um 1,2% im zweiten Quartal steigen, die Dienstleistungsimporte um 2,5% bzw. 3,5%.

Insgesamt dürften die Exporte in diesem Jahr um 5,2%, und im nächsten Jahr um 2,6% steigen (Tabelle 6, S. 56). Für die Importe ergeben sich prognostizierte Jahresraten von 7,1% im Jahr 2022 und von 2,9% im Jahr darauf.

2.3 Ukrainekrieg mit erheblichen Folgen für die Ausrüstungsinvestitionen

Die Investitionen in Ausrüstungen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Waffen) sind im Schlussquartal des vergangenen Jahres um 0,9% ausgeweitet worden. Mit der allmählichen Überwindung der Pandemie-bedingten Lieferengpässe dürfte sich die Investitionsgüternachfrage in den kommenden Monaten deutlich beleben. Der positive Ausblick wird unterstrichen von einer ganzen Reihe von Indikatoren, wie dem ifo Geschäftsklima und der Investitionsgüterproduktion im Januar. Hinzu kommt, dass bei den Ausrüstungsinvestitionen sowohl nominal wie auch real weiterhin ein Nachholbedarf besteht, wenn man das Vorkrisenniveau im vierten Quartal des Jahres 2019 als Maßstab nimmt.

Demgegenüber dürften sich die bereits erwähnten Konsequenzen des Krieges (steigende Energiepreise und fehlende Vorprodukte) dämpfend auf die Ausrüstungsinvestitionen auswirken. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte dann allerdings die

deutliche Ausweitung des Wehretats in Form eines einmaligen Sondervermögens allem voran die Investitionen in Waffen deutlich erhöhen.

Vor diesem Hintergrund ist für dieses Jahr ein Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von 3,2% und im kommenden Jahr von 10,8% zu erwarten (Tabelle 6). Die sehr hohe Jahreswachstumsrate im Jahr 2023 ist getrieben von den öffentlichen Investitionen in die Bundeswehr. Betrachtet man nur die privaten Ausrüstungsinvestitionen, fällt die Jahreswachstumsrate um 3%-Punkte niedriger aus. Hinzu kommt ein statistischer Überhang von 4,1% aus dem Vorjahr.

Die Bauinvestitionen dürften deutlich weniger von den Ereignissen in der Ukraine beeinflusst werden. Im letzten Quartal des vergangenen Jahrs stagnierten die Bauinvestitionen im Aggregat, wobei der öffentliche Nichtwohnungsbau stabilisierend, der private Nichtwohnungsbau hingegen dämpfend wirkte. Für die Zukunft deuten nahezu alle Indikatoren eine sehr positive Entwicklung an. So sind die Auftragseingänge im Dezember sehr stark nach oben gerichtet. Am deutlichsten gilt dies für den Hochbau, weniger deutlich für den Straßenbau. Daneben legten auch die Umsätze im Baugewerbe, die Bauproduktion, sowie die Kapazitätsauslastung und Baugenehmigungen nach letzten Meldungen deutlich zu. Hinzu kommt, dass die Lieferengpässe im Bausektor ihren Höhepunkt bereits in der Mitte des vergangenen Jahres erreicht hatten und seitdem abgebaut werden konnten. Zu guter Letzt dürfte auch der milde Winter den Bauinvestitionen im ersten Quartal dieses Jahrs Auftrieb verliehen haben. Dieser Wettereffekt dürfte dann allerdings im zweiten Quartal durch die Saisonbereinigung zu einer technischen Gegenbuchung führen. Außerdem deuten auch die ifo Geschäftserwartungen auf eine verhaltenere Baukonjunktur in den kommenden Quartalen hin.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr mit einer moderaten Rate von 0,6% expandieren. Dabei verringert ein negativer statistischer Überhang aus dem Vorjahr (-1,4%) die Jahreswachstumsrate. Im kommenden Jahr dürften die Bauinvestitionen dann um 1,8% ausgeweitet werden. Der Wohnungsbau dürfte sich dabei weiterhin etwas dynamischer entwickeln als der Nichtwohnungsbau.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 6

RWI-Konjunkturprognose vom März 2022

2020 bis 2023, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2020	2021	2022 ^p	2023 ^p	Änderung zum Dezember		
					2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt ¹	-4,6	2,9	2,5	3,6	0,1	-1,4	1,1
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	-3,2	1,1	3,8	3,5	-0,5	-1,2	1,0
Private Haushalte ²	-5,9	0,1	5,1	4,3	-0,8	-2,5	1,9
Staat	3,5	3,1	1,0	1,6	0,2	1,9	-1,0
Anlageinvestitionen	-2,2	1,5	1,9	4,4	-0,3	-1,3	1,0
Bauten	2,5	0,7	0,4	1,6	-0,7	-2,0	-0,2
Ausrüstungen	-11,2	3,4	3,2	10,2	-0,1	-1,1	3,8
Sonstige Anlagen	1,0	0,7	4,3	3,8	0,3	0,3	0,0
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	-0,9	1,0	-0,1	0,1	-0,1	-0,3	0,2
Inländische Verwendung	-4,0	2,2	3,2	3,8	-0,6	-1,5	1,2
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	-0,8	0,8	-0,5	0,0	0,6	0,0	-0,1
Ausfuhr	-9,3	9,9	5,2	2,6	2,6	2,9	-0,1
Einfuhr	-8,6	9,3	7,1	2,9	1,4	3,3	0,1
Erwerbstätige ³ , in 1000	44 898	44 920	45 426	45 682	33	88	1
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 695	2 613	2 290	2 255	0	-77	-79
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,9	5,7	5,0	4,9	0,0	-0,2	-0,2
Verbraucherpreise ⁶	0,5	3,1	5,2	2,3	-0,1	2,6	0,1
Lohnstückkosten ⁷	4,3	0,5	1,5	-0,2	0,2	1,5	-1,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-145,2	-132,5	-88,8	-70,1	8,9	-39,6	-28,8
in % des nominalen BIP	-4,3	-3,7	-2,3	-1,7	0,3	-1,0	-0,7
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	238,7	265,3	215,5	270,1	38,2	31,5	77,4
in % des nominalen BIP	7,1	7,4	5,7	6,7	1,1	0,8	1,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^pEigene Prognose.

2.4 Realer Konsum durch Inflation gedämpft

Nach dem Zwischenhoch im vergangenen Sommer ging der private Konsum im vierten Quartal 2021 wieder deutlich zurück. Hauptrollen spielten hierbei neue Einschränkungen durch die Infektionsschutzmaßnahmen, anhaltende Lieferengpässe und die kräftig steigenden Verbraucherpreise.

Die verschärften Infektionsschutzmaßnahmen, die durch den akuten Anstieg der Corona-Fallzahlen und die Bedrohung durch die rasante Verbreitung der Omikron-Variante des Virus begründet waren, sind ein wesentlicher Grund für das schwache Weihnachtsgeschäft 2021. Durch die weitreichende Aufhebung der Maßnahmen im Verlauf des ersten Quartals ist, wie in vergleichbaren Situationen der vergangenen Jahre, mit einer kräftigen Ausweitung des privaten Verbrauchs in den kommenden Quartalen zu rechnen.

Die anhaltenden Lieferengpässe und vor allem die kräftig steigenden Verbraucherpreise dürften die bevorstehende Erholung der Konsumnachfrage aber dämpfen. Für die privaten Haushalte bedeuten die steigenden Preise ein Schwinden der erwarteten Kaufkraft. Dieser negative Effekt auf die Realeinkommen und damit verbunden auf die Konsumneigung, der unter anderem in Coibion et al. (2019) dokumentiert ist, dürfte in der aktuellen Lage gegenüber einem Vorzieheffekt bei größeren Anschaffungen wegen erwartbar steigender Preise überwiegen.

Die schwache Anschaffungsneigung zeigt sich unter anderem bereits im GfK Konsumklimaindex, der vor dem russischen Angriff erhoben wurde. Die realen Konsumausgaben dürften also im ersten Quartal weiter zurückgehen und erst in der zweiten Jahreshälfte das Vorkrisenniveau von Ende 2019 erreichen. Es ist mit einem Zuwachs des privaten Konsums um 5,1% im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr zu rechnen. Dieser Trend setzt sich im Jahr 2023 leicht abgeschwächt mit einem Zuwachs von etwa 4,5% fort.

2.5 Schwächerer Zuwachs beim Staatskonsum

Nach einem kräftigen Anstieg im Vorjahr dürfte der reale Staatskonsum im Jahr 2022 nur leicht steigen, da Ausgaben im Zuge von Impf- und Testkampagnen zurückgehen werden. Gleichzeitig wird die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine, die zunächst in Aufnahmeeinrichtungen unterkommen, zu erhöhten sozialen Sachleistungen führen. Zudem dürfte zu ihrer Betreuung in erheblichem Umfang Personal eingestellt werden. Im Laufe des Jahres werden die Geflüchteten wohl vermehrt außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen wohnen, sodass der Einfluss auf den Staatskonsum zurückgeht. 2023 wird sich der Staatskonsum normalisieren und mit etwas geringerer Zuwachsrate als während der Corona-Krise steigen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

2.6 Arbeitsmarkt kommt stabil durch den Winter

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich weiter robust. Zuletzt war besonders bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ein starker Zuwachs zu verzeichnen, obwohl die Wirtschaftsleistung gemessen am BIP wieder zurückgegangen ist. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im November und Dezember um insgesamt fast 180 Tsd. stieg, fielen die Zahlen der ausschließlich geringfügig Beschäftigten und der Selbstständigen im gleichen Zeitraum um 34 Tsd. bzw. 4Tsd. Auch die Zahl der Menschen in Kurzarbeit stieg um den Jahreswechsel wieder an, besonders im Gastgewerbe. Seit März wird in der Automobilindustrie wieder verstärkt auf Kurzarbeit gesetzt, da Vorprodukte durch den Krieg in der Ukraine nicht geliefert werden können und die Produktion in manchen Werken daher eingestellt worden ist.

Als weitere Folge des Krieges dürften eine große Anzahl Geflüchteter nach Deutschland kommen, die möglichst schnell Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen sollen. Die entsprechenden EU-Richtlinien und die erwartbar hohe Qualifikation der geflüchteten Menschen dürften für ein spürbares Beschäftigungsplus sorgen. Das könnte auch dem Fachkräftemangel in einigen Branchen zumindest teilweise entgegenwirken.

Im Verlauf des Jahres dürfte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter kräftig – um fast 300 Tsd. – steigen. Selbstständige leiden hingegen immer noch unter den Unsicherheiten der Pandemie. So ist über das Sommerhalbjahr 2022 nur mit einem kaum merklichen Aufholeffekt zu rechnen. Auch die Zahl der geringfügig Beschäftigten dürfte nach den kräftigen Rückgängen der vergangenen Pandemiewellen wieder steigen, wobei die Anhebung des Mindestlohns für sich genommen zu einem Rückgang der geringfügigen Beschäftigung zugunsten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung führen dürfte (siehe Kasten „Die Effekte der Mindestloohnerhöhung und der Erhöhung der Minijobgrenze“). Zugleich wird durch die Anhebung der Minijobgrenze die geringfügige Beschäftigung begünstigt.

Diese positiven Arbeitsmarkteffekte dürften dazu führen, dass die Arbeitslosenquote zum Ende des laufenden Jahres erstmals etwas unter 5% fällt (Tabelle 7). Im Jahresdurchschnitt dürfte die Quote 2022 noch bei 5,0% und 2023 bei 4,9% liegen.

RWI Konjunkturbericht 73 (1)

Tabelle 7

Arbeitsmarktbilanz

2017 bis 2023; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2017	2018	2019	2020	2021	2022 ^P	2023 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61 471	62 113	62 539	59 454	60 611	62 015	62 758
Erwerbstätige Inland	44 251	44 858	45 268	44 898	44 920	45 426	45 682
Erwerbstätige Inländer	44 131	44 719	45 125	44 803	44 804	45 305	45 561
Selbständige	4 273	4 223	4 151	4 038	3 929	3 897	3 879
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	27	24	23	21	20	17	16
Arbeitnehmer (Inland)	39 978	40 635	41 117	40 860	40 991	41 529	41 803
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig							
Beschäftigte	32 234	32 964	33 518	33 579	33 900	34 440	34 676
Ausschließlich geringfügig							
Beschäftigte	4 742	4 671	4 579	4 290	4 104	4 145	4 207
Unterbeschäftigte (ohne Kurz-							
arbeiter)	3 496	3 261	3 172	3 488	3 368	3 030	2 960
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2 533	2 340	2 267	2 695	2 613	2 290	2 255
Aktivierung und berufliche							
Eingliederung	216	191	210	173	173	171	171
Berufliche Weiterbildung	169	166	181	181	178	173	162
„Ein-Euro-Jobs“	100	94	98	100	97	97	98
Gründungszuschuss	23	21	20	18	17	16	15
Kurzarbeiter	114	118	145	2 939	1 819	603	114
Unterbeschäftigte (einschl.							
Kurzarbeiter) ²	3 542	3 305	3 220	4 705	4 248	3 250	2 997
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,7	5,2	5,0	5,9	5,7	5,0	4,9
Erwerbslosenquote ⁴	3,5	3,2	3,0	3,6	3,3	2,8	2,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. - ¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. - ²Vollzeitäquivalente. - ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

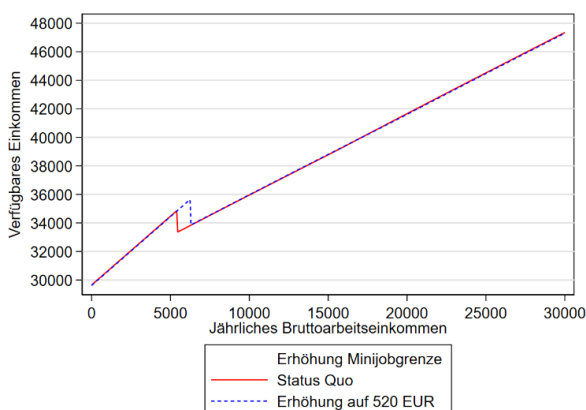
Kasten 2

Die Effekte der Mindestloohnerhöhung und der Erhöhung der Minijobgrenze

Die Bundesregierung hat eine deutliche Anhebung des Mindestlohns beschlossen. Zum 01.01.2022 stieg der Mindestlohn von 9,60 auf 9,82 Euro pro Stunde. Zum 01.07.2022 wird er auf 10,45 Euro erhöht und zum 01.10.2022 soll er schließlich auf 12 Euro steigen. Zu diesem Zeitpunkt wird auch die Verdienstgrenze für geringfügige Beschäftigung von 450 Euro auf 520 Euro erhöht. Im Folgenden werden die Auswirkungen auf die Lohnsumme, die Beschäftigung sowie für die öffentlichen Haushalte dargestellt.

Um zu verdeutlichen, dass sich beide Maßnahmen ergänzen, werden im folgenden Schaubild die Einkommenswirkungen für ein verheiratetes Paar dargestellt. Das gemeinsame verfügbare Jahreseinkommen ist auf der vertikalen Achse abgetragen. Das Arbeitseinkommen des Erstverdieners beträgt 40 000 Euro, während auf der horizontalen Achse das Arbeitseinkommen des Zweitverdieners variiert wird. Der Sprung bei einem Bruttoeinkommen von 5400 Euro im Status Quo, beziehungsweise 6240 Euro im Reformszenario markiert die Minijobgrenze. Unterhalb dieser Grenze ist das Arbeitseinkommen weitgehend steuerfrei. Wird sie überschritten, unterliegt es der vollen Besteuerung, so dass der Haushalt knapp über der Schwelle mehr Geld zur Verfügung hat als direkt unter der Schwelle. Durch das Anheben der Minijobgrenze wird für viele Arbeitnehmer verhindert, dass die Mindestloohnerhöhung ceteris paribus geringfügige in reguläre Beschäftigung umwandelt.

Erhöhung der Minijobgrenze



Eigene Darstellung generiert mit EMSIM

Um die Auswirkung der Mindestloohnerhöhung auf die Lohnsumme, die Beschäftigung und auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben zu quantifizieren, verwenden wir das Mikrosimulationsmodell des RWI, EMSIM (Einkommensteuer-Mikrosimulationsmodell, vgl. Bechara et al. 2015). Das EMSIM basiert auf dem Sozioökonomischen Panel (SOEP, vgl. Schröder et al. 2020), einem repräsentativen Datensatz deutscher Haushalte. Es bildet das deutsche Steuer-, Abgaben- und Transfersystem detailliert ab und erlaubt die Analyse tatsächlicher oder hypothetischer Reformen.

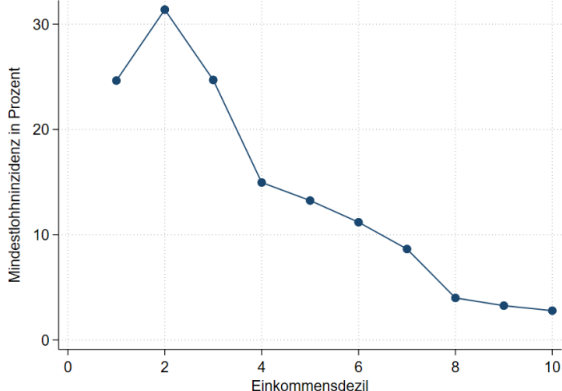
Um die unmittelbare Wirkung der Mindestloohnerhöhung zu berechnen, werden zunächst der Datensatz auf Januar 2022 fortgeschrieben und Löhne unterhalb des neuen Mindestlohns auf 12 Euro angehoben. Wir nehmen an, dass es keine Lohn-Spill-Over-Effekte auf nicht unmittelbar betroffene Arbeitnehmer gibt. Etwa 13 Prozent der Arbeitnehmer sind direkt von der Mindestloohnerhöhung betroffen. Das folgende Schaubild zeigt den jeweiligen Anteil der betroffenen Arbeitnehmer entlang der Verteilung der Nettohaushaltseinkommen. Wie sich bereits in früheren Untersuchungen für Deutschland zeigte (vgl. Müller und Steiner 2013), wäre auch in Haushalten der oberen Hälfte der Nettoeinkommensverteilung ein substantieller Anteil der Arbeitnehmer vom Mindestlohn betroffen, zumeist Zweitverdiener mit geringen Arbeitsstunden.

Insgesamt steigt die Lohnsumme durch die Erhöhung des Mindestlohns ohne Berücksichtigung von Beschäftigungseffekten um 0,9%. Die fiskalische Auswirkung von Mindestloohnerhöhung und Minijobausweitung ist positiv, mit jährlichen Nettomehereinnahmen von rund 6 Mrd. Euro. Diese ergeben sich aus Einsparungen bei Transfers, insbesondere durch Aufstocker im Arbeitslosengeld-II-Bezug, deren Bedürftigkeit durch die Lohnerhöhung sinkt, sowie Mehreinnahmen durch Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge. Nicht berücksichtigt sind Gewinnminderungen durch den Mindestlohn, die zu Mindereinnahmen des Staates aus Unternehmenssteuern führen. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten fällt mechanisch um etwa 2%, da die Erhöhung der Minijobgrenze das „Herauswachsen“ aus Minijobs bei geringfügig Beschäftigten, die 450 Euro pro Monat verdienten und den Mindestlohn erhielten, nicht komplett verhindert. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die vereinbarten Arbeitsstunden bei einem Großteil der Betroffenen angepasst werden, um die Umwandlung in reguläre Beschäftigung zu vermeiden. Zusätzlich wirkt der Reduzierung der Zahl der geringfügig Beschäftigten entgegen, dass reguläre Beschäftigung mit einer Entlohnung bis 520 Euro in geringfügige Beschäftigung umgewandelt wird. Dieser Mechanismus ist weniger bedeutend.

Um die mittelfristigen Beschäftigungseffekte von Mindestloohnerhöhung und Minijobreform abzuschätzen, simulieren wir zusätzlich Veränderungen der Arbeitsnachfrage. Wir gehen davon aus, dass Steigerungen der Arbeitsnachfrage bei gegebenem Lohn durch das Angebot befriedigt werden. Die zu erwartenden Angebotseffekte von Mindestloohnerhöhungen sind weniger relevant als die Nachfrageeffekte (Müller und Steiner 2010).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anteil der vom Mindestlohn betroffenen Arbeitnehmer entlang der Einkommensverteilung



Eigene Darstellung generiert mit EMSIM auf Basis der SOEP

Berücksichtigung von Arbeitsnachfrageeffekten

Es werden sowohl Eigenpreiselastizitäten als auch Kreuzpreiselastizitäten durch Substitutionseffekte berücksichtigt. Um Beschäftigungseffekte zu simulieren, wird für Alleinstehende das Arbeitseinkommen sowie das verfügbare Einkommen und die Abgaben bzw. erhaltenen Transfers für die Szenarien berechnet, in denen sie arbeitslos, in einem Minijob, Teilzeit oder Vollzeit beschäftigt sind. Für Paarhaushalte werden die Einkommen für alle möglichen Kombinationen der Jobkategorien der Partner simuliert. Unter Verwendung der SOEP-Hochrechnungsfaktoren werden für die kontrafaktischen Beobachtungen Wahrscheinlichkeiten angepasst, so dass sich die berechneten Gesamtbeschäftigungseffekte für jede Beschäftigungskategorie ergeben.

Die Simulation zeigt, dass durch Beschäftigungsanpassungen die Zahl der unqualifizierten sowie der geringfügig und in Teilzeit Beschäftigten sinkt, während die der qualifizierten und hochqualifizierten in Vollzeit Beschäftigten steigt. Dadurch ergibt sich insgesamt ein geringer positiver Effekt auf die gearbeiteten Stunden von 0,2%. Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter steigt um 0,9%, der Effekt der Nachfrageanpassung ist also in Summe gering. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten geht um 11% zurück, da in diesem Bereich die Mindestlohninzidenz besonders hoch ist. Wir gehen davon aus, dass sich diese Beschäftigungseffekte erst im Laufe der Zeit ergeben. Zu dem Ergebnis, dass Mindestloohnerhöhungen zulasten gering bezahlter Beschäftigung und – mit einem positiven Nettoeffekt – zugunsten höher bezahlter Beschäftigung gehen, kommt auch die neuere Literatur in Ex-Post-Untersuchungen für Deutschland (Dustmann et al. 2022).

2.7 Lohnanstieg bleibt hinter der Inflation zurück

Aufgrund der hohen Inflationsrate sind viele Arbeitnehmer besorgt um ihre Real-löhne. Aktuell gültige und selbst die kürzlich erst abgeschlossenen Tarifverträge sehen deutlich niedrigere Lohnsteigerungen vor als nötig wären, um die Reallöhne kurzfristig auch nur konstant zu halten. Unter den aktuellen Umständen ist nicht damit zu rechnen, dass die Tarifverhandlungen im laufenden Jahr zu bedeutend höheren Abschlüssen führen und eine Lohn-Preis-Spirale befeuern (siehe Kasten „Tarif-löhne und Verbraucherpreise“). Allerdings hilft der Steuervorteil bei den in vielen Branchen gezahlten Corona-Prämien den Arbeitnehmern, einen relativ höheren Netto-lohn im Portemonnaie zu haben. Im Oktober 2022 greift außerdem die deutliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns, die schätzungsweise 6 Mio. Beschäftigte direkt betrifft und darüber hinaus auch für entsprechende Anhebungen einzelner Branchenmindestlöhne sorgt. Nach einem besonders schwachen Anstieg im Jahr 2021 dürften die Tariflöhne im laufenden und im kommenden Jahr moderat um 2,4% bzw. 2,0% steigen. Die Effektivverdienste pro Kopf entwickeln sich dynamischer und dürften in den jeweiligen Jahren um 3,3% und 2,8% steigen.

Kasten 3

Tariflöhne und Verbraucherpreise

Aktuelle Tarifverhandlungen finden in einem nie dagewesenen Umfeld statt: Die deutsche Gesamtwirtschaft arbeitet sich aus einer Krise heraus, die manche Branchen zeitweise fast zum Erliegen gebracht hat, während gleichzeitig die Inflationsrate außergewöhnlich hoch ist.

Als zu Beginn der Corona-Krise die Effektivverdienste – besonders wegen des massiven Einbruchs der geleisteten Arbeitsstunden – sogar rückläufig waren, verliefen die Tariflöhne recht stabil, da viele Tarifverträge noch längere Gültigkeit hatten und teilweise erst kurz vor Ausbruch der Krise abgeschlossen wurden. Die während der Krise neu geschlossenen Verträge weisen nur verhaltene Erhöhungen der tabellenwirksamen Entgelte auf, denn im Vordergrund standen Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsplätze.

Insgesamt war die Entwicklung der Tariflöhne im Jahr 2021 vergleichsweise moderat: Etwas schwächer als im Vorjahr und spürbar hinter der Entwicklung der Effektivverdienste (u.a. wegen des Aufholeffektes). Gleichzeitig zog die Inflation durch steigende Energiepreise besonders in der zweiten Hälfte 2021 stark an. Die Tarifabschlüsse waren nichtsdestotrotz weiterhin verhalten. Im öffentlichen Dienst der Länder hat man sich gar auf 14 Nullmonate vor der Erhöhung um 2,8% im Dezember 2022 geeinigt. Dafür wurde eine Coronaprämie gezahlt, die mit 1 300 Euro bis dato die höchste aller Branchen war (während die niedrigste bei 90 Euro lag). Solche Einmalzahlungen wurden verstärkt eingesetzt, da sie durch die steuerliche Begünstigung im Rahmen der

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

staatlichen Maßnahmen zur Linderung der Corona-Krise für Arbeitnehmer und Arbeitgeber Vorteile haben.

Tarifverhandlungen im Jahr 2022

Tariflohnindex: 2020 = 100; VPI: 2015 = 100

Kündigungs-termin	Tarifbranche	Beschäftigte
Januar	Versicherungsgewerbe	170.000
	Druckindustrie	125.000
März	Chemische Industrie	581.000
	Privates Verkehrsgewerbe Baden-Württemberg	95.000
Mai	Eisen- und Stahlindustrie	92.000
	Maler- und Lackiererhandwerk	123.000
Juni	Dachdeckerhandwerk	88.000
	Kunststoffverarbeitende Industrie Bayern	78.000
September	Metall- und Elektroindustrie	3.813.000
November	Privates Verkehrsgewerbe Bayern	133.000
	Volkswagen AG	102.000
Dezember	Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden	2.712.000
	Leiharbeit/Zeitarbeit	835.000
	Bewachungsgewerbe verschiedene Regionen	152.000
	Deutsche Post AG	140.000

Quelle: WSI Tarifarchiv

Im Jahr 2022 verhandeln die Tarifparteien in einigen gewichtigen Branchen. Insgesamt enden im laufenden Jahr die Tarifverträge für über 9 Mio. Beschäftigte und werden neu ausgehandelt. In manchen Branchen stehen schon konkrete Forderungen wie 5% bis 6,5% mehr Lohn und moderate Einmalzahlungen im Raum. Die IG BCE bleibt dagegen vorerst vage und fordert eine „nachhaltige Kaufkraftsteigerung“ für die Beschäftigten in der Chemischen Industrie, sodass die Forderung hier deutlich höher ausfallen könnte.

Insbesondere Beschäftigte in Branchen, die etwa durch Lieferengpässe bei Vorprodukten aus der Ukraine oder Russland betroffen sind, dürften in diesem ähnlich unsicheren Umfeld wie der Corona-Pandemie weiterhin bereit sein, besonders hohe Entgeltforderungen im Sinne von arbeitssichernden Maßnahmen fallen zu lassen. Da auch die Inflation durch die ungewisse Entwicklung des Krieges in Osteuropa kaum vorherzusagen ist, lassen sich die Forderungen der Tarifparteien nur schwer darauf stützen. Zudem ist diese Inflation zum größten Teil durch die externen Angebotschocks getrieben, während die Arbeitsproduktivität nur schwach wächst.

Insgesamt ist aber nicht damit zu rechnen, dass die neuen Tarifabschlüsse derart hoch ausfallen, dass sich daraus eine Lohn-Preis-Spirale entwickelt.

2.8 Energiepreise treiben die Inflation

Seit Beginn dieses Jahres sind die Preise für Erdgas und Rohöl kräftig gestiegen. Dies wirkt durch steigende Heiz- und Benzinkosten direkt auf die Verbraucherpreise durch. Da gleichzeitig die Kosten der Unternehmen steigen, entsteht ein Druck, die Preise zu erhöhen. Dies dürfte durch die Erwartung verstärkt werden, dass die Gaspreise auf dem derzeitigen Niveau bleiben. Dementsprechend steigen inzwischen auch die Preise vieler anderer Güter und Dienstleistungen deutlich. Dieser Prozess ist bei weitem noch nicht abgeschlossen, insbesondere weil die Gaspreise für kleinere Unternehmen und private Haushalte mit erheblicher Verzögerung angehoben werden (Schaubild 3).

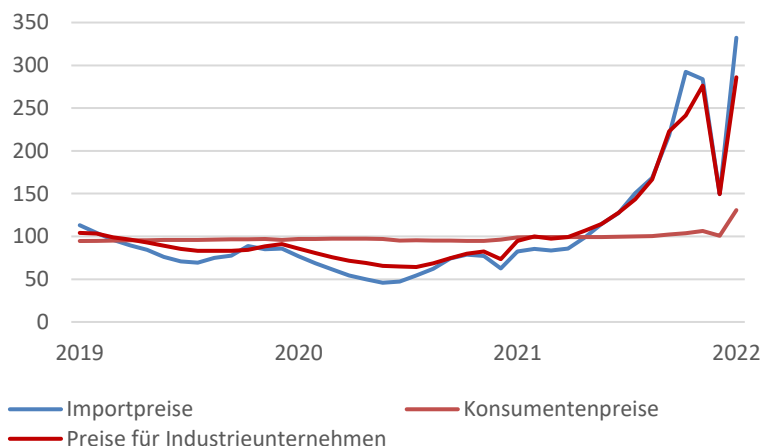
Da in dieser Prognose unterstellt ist, dass die Preise für Rohöl und Erdgas im zweiten Quartal ihre Höchstwerte erreichen, wird der Druck auf die Verbraucherpreise noch einige Monate anhalten. Die Preise für einige Agrarrohstoffe, wie Weizen, dürften sogar noch längere Zeit steigen und zu einer Verteuerung der damit verbundenen Nahrungsmittel führen. Angesichts dessen ist zu erwarten, dass auch die Verbraucherpreise in den kommenden Monaten weiter kräftig angehoben werden. Erst im Verlauf des Jahres dürfte dieser Preisanstieg nachlassen. Dennoch dürfte die Inflationsrate auch nach Abflauen des Rohstoffpreisschocks höher bleiben als im Durchschnitt der Jahre zuvor, da angesichts der sich bessernden Arbeitsmarktsituation und der bei den Haushalten während der Corona-Krise aufgelaufenen Ersparnis die Nachfrage der privaten Haushalte hoch bleiben wird. Allerdings erwarten wir keine deutlichen Steigerungen bei den Tariflöhnen in der kurzen Frist, sodass es nicht zu einer Lohn-Preis-Spirale kommen wird. Insgesamt dürfte die Teuerungsrate in diesem Jahr 5,2% betragen und im kommenden Jahr auf 2,3% zurückgehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 3

Indikatoren der Gaspreisentwicklung

Jan 2019 bis Feb 2021



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

2.9 Öffentliche Finanzierungsdefizite gehen zurück

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte dürfte in diesem Jahr mit knapp 89 Mrd. Euro deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr (132 Mrd. Euro). Trotz einer Reihe einnahmemindernder Maßnahmen (Tabelle 2, S. 46) dürften die Staatseinnahmen im Zuge der weiteren wirtschaftlichen Erholung deutlich zulegen. In diesem Jahr werden etwa der Einkommensteuertarif verschoben und der Arbeitnehmerpauschbetrag erhöht. Die Erhöhung der Minijobgrenze von 450 auf 520 Euro mindert für sich genommen die Staatseinnahmen. Allerdings wird sie zeitgleich mit einer kräftigen Mindestloohnerhöhung eingeführt, so dass ihre Wirkung hauptsächlich darin besteht, die Umwandlung geringfügiger in reguläre Beschäftigung zu verhindern.

Die Staatsausgaben steigen im Jahr 2022 wegen des Auslaufens vieler krisenbezogener Maßnahmen nur geringfügig. Trotz Verlängerung der Überbrückungshilfen werden im laufenden Jahr wohl deutlich weniger Hilfszahlungen an Unternehmen fließen. Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine führen wiederum zu staatlichen Mehrausgaben. Die in Deutschland aufgenommenen Geflüchteten aus der Ukraine dürften zunächst in Aufnahmeeinrichtungen unterkommen und im Laufe des Jahres vor allem monetäre Leistungen erhalten. Der Bund hat zudem ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro eingerichtet, welches in den Bereich Verteidigung fließen

soll. Wir gehen allerdings davon aus, dass die Verteidigungsausgaben erst sukzessive erhöht werden. Im Juli 2022 wird die EEG-Umlage abgeschafft, so dass Anlagenbetreiber erneuerbarer Energien nun zu einem größeren Anteil aus Staatsmitteln vergütet werden.

Im Jahr 2023 geht das Finanzierungsdefizit weiter auf gut 70 Mrd. Euro zurück. So dürften weitere Corona-bezogene Maßnahmen zurückgenommen werden. Unternehmenshilfen dürften gar nicht mehr anfallen, und es ist zu erwarten, dass nochmals weniger Impf- und Testzentren betrieben werden. Ausweislich der Maßnahmenmethode ist die Finanzpolitik im Jahr 2022 schwach restriktiv und im Jahr 2023 schwach expansiv ausgerichtet.

Ausweislich der Saldenmethode (Tabelle 8) hingegen ist die Finanzpolitik im Jahr 2022 aufgrund des deutlichen Rückgangs des Finanzierungsdefizits restriktiv, im Jahr 2023 ist sie wieder expansiv, da die Konjunkturkomponente deutlich steigt und der Finanzierungssaldo in geringerem Maße zurückgeht.

Tabelle 8

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates
in Prozent des BIP

	2019	2020	2021	2022 ^P	2023 ^P
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-4,3	-3,7	-2,3	-1,7
-Konjunkturkomponente ¹	0,6	-2,4	-1,5	-0,8	0,4
=konjunkturbereinigter Fin,-saldo	0,9	-1,9	-2,2	-1,5	-2,1
-Einmaleffekte ²	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	0,9	-1,9	-2,2	-1,5	-2,1
+Zinsausgaben	0,8	0,6	0,6	0,6	0,5
=struktureller Primärsaldo	1,7	-1,3	-1,6	-0,9	-1,6

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,55, ² Zahlungen an Betreiber von Kernkraftwerken,
^PEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial,

2.10 Risiken

Das größte Risiko für die Prognose ist derzeit mit dem Krieg in der Ukraine verbunden. Sollte der Krieg weiter eskalieren, sind zusätzliche Sanktionen zu erwarten. Dabei sind die stärksten volkswirtschaftlichen Effekte zu erwarten, wenn die Rohstofflieferungen und dabei vor allem die Lieferungen von Gas aus Russland eingestellt werden. In diesem Fall dürften die volkswirtschaftlichen Kosten deutlich höher ausfallen. In einer Studie von Bachmann et al. (2022) werden sie in einer Größenordnung von bis zu 3% des BIP geschätzt.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Darüber hinaus sind erhebliche Risiken mit der derzeitigen Inflationsentwicklung verbunden, die zunächst von den Lieferengpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten ausging. Inzwischen ist der Haupttreiber der Inflation der kräftige Anstieg der Energiepreise, der mit dem Krieg in der Ukraine verbunden ist. In der Prognose ist daher unterstellt, dass der derzeitige Anstieg der Verbraucherpreise transitorisch ist. Sollte sich die Inflation auf einem hohen Niveau verfestigen, insbesondere wenn die längerfristigen Inflationserwartungen nachhaltig steigen, dann ist eine stärkere geldpolitische Reaktion zu erwarten, die mit deutlichen negativen realwirtschaftlichen Folgen einhergehen würde (Bernanke et al. 1997).

Schließlich sind auch mit der Corona-Pandemie nach wie vor Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verbunden. Das größte Risiko dürfte dabei sein, dass sich Varianten bilden, die gegen die Impfungen resistent und möglicherweise auch mit schwereren Verläufen verbunden sind. Dies könnte insbesondere im kommenden Winter relevant werden, wenn das Risiko einer erneuten Ausbreitung ohnehin wieder anzusteigen scheint. In diesem Fall könnten erneute Lockdowns erfolgen.

3. Literatur

Bachmann R., D. Baqaee, C. Bayer, M. Kuhn, A. Löschel, B. Moll, A. Peichl, K. Pittel and M. Schularick (2022), What if? The Economic Effects for Germany of a Stop of Energy Imports from Russia, ECONtribute Policy Brief No 028.

Bauer, T. K., S. Schaffner, J. Kluge and C. M. Schmidt (2009), Fiscal effects of minimum wages: An analysis for Germany. *German Economic Review*, 10(2), 224-242.

Bechara, P., T. Kasten und S. Schaffner (2015), Dokumentation des RWI- Einkommensteuer-Mikrosimulationsmodells (EMSIM). RWI Materialien, 86, RWI.

Bernanke, B. S., M. Gertler, M. Watson, C. A. Sims and B. M. Friedman (1997), Systematic Monetary Policy and the Effects of Oil Price Shocks, *Brookings Papers on Economic Activity* 1997 (1): 91-157. <https://doi.org/10.2307/2534702>.

Coibion, O., D. Georgarakos, Y. Gorodnichenko and M. van Rooij (2019), How Does Consumption Respond to News about Inflation? Field Evidence from a Randomized Control Trial, *National Bureau of Economic Research Working Paper Series No. 26106*, DOI - 10.3386/w26106.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. *RWI Konjunkturberichte* 69 (3): 21-56.

Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin, T. Schmidt und L. Zwick (2014), Sinkender Rohölpreis stärkt Konjunktur. RWI Konjunkturberichte 65 (4): 5-16.

Dustmann, C., A. Lindner, U. Schönberg, M. Umkehrer and P. Vom Berge (2022), Re-allocation effects of the minimum wage. The Quarterly Journal of Economics, 137(1), 267-328.

Müller, K. U. and V. Steiner (2010), Labor market and income effects of a legal minimum wage in Germany. DIW Discussion Paper, 1000, DIW Berlin.

Müller, K. U. and V. Steiner (2013), Distributional effects of a minimum wage in a welfare state-The case of Germany. SOEP. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, 617, DIW Berlin, The German Socio-Economic Panel (SOEP).

Schröder, C., J. König, A. Fedorets, J. Goebel, M.M. Grabka, H. Lüthen, M. Metzing, F. Schikora and S. Liebig (2020), The economic research potentials of the German Socio-Economic Panel study. German Economic Review, 21(3), 335-371.

Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2006), Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2006/ 2007. Wiesbaden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt	-4,6	2,9	2,5	3,6
Bruttowertschöpfung (A-T)	-4,9	2,9	2,3	3,6
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-9,3	4,1	2,4	5,9
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-10,0	4,7	2,6	6,1
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-4,4	0,6	1,6	5,5
Baugewerbe (F)	3,8	-0,5	1,3	1,1
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	-5,2	3,0	4,1	2,7
Information und				
Kommunikation (J)	-1,0	3,4	3,5	3,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,5	-0,3	1,0	1,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,4	0,9	0,7	1,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	-7,4	5,6	2,9	2,7
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	-3,2	3,2	1,1	4,1
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,7	-1,6	4,5	0,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real.

Tabelle A2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,8	-10,0	9,0	0,7	-1,7	2,2	1,7	-0,3
Bruttowertschöpfung (A-T)	-1,3	-10,9	9,2	0,4	-0,9	1,6	2,2	-0,9
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-3,5	-17,4	13,7	6,4	-1,1	-0,6	-1,6	1,8
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-3,6	-18,9	14,8	7,1	-0,8	-0,9	-1,7	1,9
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-2,9	-7,9	7,5	1,8	-2,7	1,1	-0,7	1,2
Baugewerbe (F)	5,4	-3,5	-2,9	8,0	-4,6	2,3	-3,0	1,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	-0,1	-15,3	14,9	-1,9	-2,4	2,2	5,9	-1,6
Information und Kommunikation (J)	-0,9	-4,8	4,6	1,4	-0,3	0,4	1,6	1,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,7	0,7	0,8	-1,7	-1,1	1,2	1,0	0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,3	-1,9	2,1	-0,2	0,3	-0,3	1,1	-0,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	-1,2	-12,9	6,8	0,9	0,6	3,5	4,2	-0,9
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	-1,3	-8,5	10,4	-3,9	-0,2	4,1	3,3	-3,9
				-12,7				-
Sonstige Dienstleister (R-T)	-3,8	-17,1	20,3		2,9	-0,1	13,9	10,0

	2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,6	1,9	1,1	0,8	0,7	0,6	0,6
Bruttowertschöpfung (A-T)	-0,2	0,6	1,9	1,1	0,8	0,7	0,6	0,6
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-0,4	0,0	4,0	2,1	1,4	1,0	0,6	0,6
darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	-0,3	0,0	4,3	2,2	1,4	1,0	0,6	0,6
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-0,7	0,0	2,0	1,8	1,5	1,3	1,0	0,6
Baugewerbe (F)	1,5	-0,8	0,7	0,7	0,4	0,4	0,4	0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe (G-I)	-0,4	2,0	1,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Information und Kommunikation (J)	0,0	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	-0,5	0,0	0,8	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	-0,2	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister (M-N)	-0,6	1,1	0,8	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	0,1	0,4	1,7	1,3	1,0	0,8	0,8	0,8
Sonstige Dienstleister (R-T)	-1,0	2,0	6,0	1,9	1,2	0,5	0,5	0,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle A3

Hauptaggregate der Sektoren

2021; in Mrd. €

	Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 228,9	2 185,9	374,7	668,3	-
2	- Abschreibungen	694,0	403,2	87,3	203,5	-
3	= Nettowertschöpfung	2 534,9	1 782,7	287,4	464,8	-197,5
4	- Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 916,9	1 380,8	294,1	242,0	16,1
5	- Gel. s. Produktionsabgaben	35,6	25,3	0,5	9,8	-
6	+ Empf. s. Subventionen	87,8	62,3	0,1	25,4	-
7	= Betriebsüberschuss u.Ä.	670,3	438,8	-7,0	238,5	-213,7
8	+ Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 920,4	-	-	1 920,4	12,6
9	- Gel. Subventionen	105,0	-	105,0	-	4,7
10	+ Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	391,7	-	391,7	-	7,4
11	- Gel. Vermögenseinkommen	569,1	530,5	21,0	17,6	190,4
12	+ Empf. Vermögenseinkommen	676,2	352,5	15,8	307,9	83,3
13	= Primäreinkommen	2 984,5	260,8	274,5	2 449,2	-305,4
14	- Gel. Eink.- u. Verm.steuern	469,7	105,7	-	364,0	12,0
15	+ Empf. Eink.- u. Verm.steuern	481,2	-	481,2	-	0,6
16	- Gel. Sozialbeiträge	773,4	-	-	773,4	4,2
17	+ Empf. Sozialbeiträge	774,3	140,6	632,8	0,9	3,3
18	- Gel. mon. Sozialleistungen	681,7	71,8	609,0	0,9	0,6
19	+ Empf. mon. Sozialleistungen	674,0	-	-	674,0	8,4
20	- Gel. s. lauf. Transfers	382,0	203,2	90,1	88,7	63,0
21	+ Empf. s. lauf. Transfers	329,6	179,9	33,5	116,2	115,4
22	= Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 936,7	200,6	722,9	2 013,3	-257,7
23	- Konsumausgaben	2 564,3	-	801,3	1 763,0	-
24	+ Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-60,8	-	60,8	-
25	= Sparen	372,4	139,8	-78,4	311,1	-257,7
26	- Gel. Vermögenstransfers	107,3	23,3	68,1	15,9	4,9
27	+ Empf. Vermögenstransfers	95,3	48,9	17,2	29,2	16,9
28	- Bruttoinvestitionen	808,8	467,9	91,7	249,1	-
29	+ Abschreibungen	694,0	403,2	87,3	203,5	-
30	- Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	0,2	0,7	-1,3	0,8	-0,2
31	= Finanzierungssaldo	245,5	100,0	-132,5	277,9	-245,5
	Nachrichtlich:					
32	= Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 936,7	200,6	722,9	2 013,3	-257,7
29	+ Soziale Sachleistungen	-	-	-516,3	516,3	-
34	= Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 936,7	200,6	206,6	2 529,5	-257,7

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 73 (1)

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2022; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 435,5	2 330,6	387,7	717,3	-
2 - Abschreibungen	740,0	427,9	92,1	220,0	-
3 = Nettowertschöpfung	2 695,6	1 902,7	295,6	497,3	-147,8
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 998,6	1 439,4	302,9	256,3	17,4
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	35,9	25,4	0,5	10,0	-
6 + Empf. s. Subventionen	42,1	36,7	0,1	5,3	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	703,2	474,5	-7,6	236,3	-165,2
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 002,3	-	-	2 002,3	13,7
9 - Gel. Subventionen	66,2	-	66,2	-	4,8
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	411,9	-	411,9	-	7,7
11 - Gel. Vermögenseinkommen	655,1	615,6	22,1	17,4	201,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	759,1	414,3	19,2	325,6	97,2
13 = Primäreinkommen	3 155,2	273,2	335,2	2 546,8	-252,7
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	472,0	107,7	-	364,3	12,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	484,4	-	484,4	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	796,6	-	-	796,6	4,5
17 + Empf. Sozialbeiträge	797,8	142,3	654,5	0,9	3,4
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	693,6	74,9	617,8	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	685,6	-	-	685,6	8,6
20 - Gel. s. lauf. Transfers	386,1	203,2	93,3	89,6	63,6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	335,7	174,2	34,6	127,0	114,0
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 110,4	203,9	797,5	2 108,9	-207,9
23 - Konsumausgaben	2 774,5	-	834,7	1 939,9	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-67,9	-	67,9	-
25 = Sparen	335,8	136,0	-37,1	237,0	-207,9
26 - Gel. Vermögenstransfers	96,4	23,5	56,7	16,1	5,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	84,2	37,5	17,2	29,5	17,1
28 - Bruttoinvestitionen	867,9	502,0	105,5	260,4	-
29 + Abschreibungen	740,0	427,9	92,1	220,0	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	0,2	0,7	-1,3	0,8	-0,2
31 = Finanzierungssaldo	195,5	75,1	-88,8	209,2	-195,5
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 110,4	203,9	797,5	2 108,9	-207,9
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-518,6	518,6	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 110,4	203,9	279,0	2 627,5	-207,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Noch: Hauptaggregate der Sektoren
2023; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 681,5	2 524,8	395,3	761,3	-
2 - Abschreibungen	775,1	446,9	97,1	231,1	-
3 = Nettowertschöpfung	2 906,4	2 077,9	298,2	530,3	-193,9
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 068,6	1 489,7	306,2	272,7	18,4
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	36,2	25,5	0,5	10,2	-
6 + Empf. s. Subventionen	36,9	34,2	0,1	2,6	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	838,6	596,9	-8,3	250,0	-212,3
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 072,4	-	-	2 072,4	14,5
9 - Gel. Subventionen	71,6	-	71,6	-	4,9
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	440,7	-	440,7	-	7,9
11 - Gel. Vermögenseinkommen	648,1	609,1	21,6	17,4	207,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	759,1	399,7	19,8	339,6	96,2
13 = Primäreinkommen	3 391,1	387,6	359,0	2 644,5	-305,8
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	502,5	123,7	-	378,7	13,3
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	515,1	-	515,1	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	823,2	-	-	823,2	4,8
17 + Empf. Sozialbeiträge	824,5	144,1	679,5	0,9	3,5
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	719,3	77,3	641,1	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	711,1	-	-	711,1	8,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	391,8	203,2	98,1	90,4	64,3
21 + Empf. s. lauf. Transfers	342,6	160,7	36,2	145,7	113,5
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 347,8	288,1	850,8	2 209,0	-262,5
23 - Konsumausgaben	2 925,1	-	861,9	2 063,2	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-83,0	-	83,0	-
25 = Sparen	422,7	205,1	-11,2	228,9	-262,5
26 - Gel. Vermögenstransfers	98,7	23,8	58,7	16,3	5,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	86,5	35,7	21,0	29,8	17,3
28 - Bruttoinvestitionen	935,3	544,7	119,6	271,0	-
29 + Abschreibungen	775,1	446,9	97,1	231,1	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	0,2	0,7	-1,3	0,8	-0,2
31 = Finanzierungssaldo	250,1	118,5	-70,1	201,7	-250,1
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 347,8	288,1	850,8	2 209,0	-262,5
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-537,8	537,8	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	3 347,8	288,1	313,0	2 746,8	-262,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 73 (1)

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	- 0,8	0,0	1,1	0,6	1,4	0,9	0,6	0,5
Arbeitsvolumen	- 4,9	1,9	2,3	1,2	4,1	0,7	1,8	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 4,2	1,9	1,2	0,6	2,7	- 0,2	1,2	0,1
Produktivität¹	0,4	0,9	0,2	2,4	- 1,4	1,7	2,7	2,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 4,6	2,9	2,5	3,6	2,7	2,4	4,6	2,6

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 462,6	2 564,3	2 774,5	2 925,1	1 335,7	1 438,9	1 433,1	1 492,0
Private Haushalte²	1 708,0	1 763,0	1 939,9	2 063,2	927,4	1 012,5	1 014,1	1 049,0
Staat	754,6	801,3	834,7	861,9	408,3	426,4	418,9	443,0
Anlageinvestitionen	735,9	783,9	847,2	911,5	402,6	444,7	435,7	475,8
Bauten	380,1	414,3	454,3	477,6	219,4	234,9	232,3	245,3
Ausrüstungen	216,9	228,2	243,3	276,1	112,4	130,9	128,7	147,5
Sonstige Anlageinvestitionen	138,9	141,5	149,7	157,9	70,8	78,9	74,8	83,1
Vorratsveränderung³	- 23,7	24,9	20,7	23,7	3,1	17,6	3,7	20,0
Inländische Verwendung	3 174,8	3 373,1	3 642,5	3 860,4	1 741,4	1 901,1	1 872,5	1 987,9
Außenbeitrag	192,8	197,5	147,8	193,9	76,2	71,7	108,9	85,1
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	5,7	5,5	3,9	4,8	4,2	3,6	5,5	4,1
Exporte	1 462,1	1 694,6	1 967,1	2 063,3	959,8	1 007,3	1 028,9	1 034,4
Importe	1 269,3	1 497,0	1 819,2	1 869,3	883,6	935,7	920,1	949,3
Bruttoinlandsprodukt	3 367,6	3 570,6	3 790,3	4 054,3	1 817,6	1 972,8	1 981,4	2 073,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	- 1,8	4,1	8,2	5,4	9,7	6,8	7,3	3,7
Private Haushalte²	- 5,3	3,2	10,0	6,4	11,7	8,6	9,4	3,6
Staat	7,0	6,2	4,2	3,3	5,5	2,9	2,6	3,9
Anlageinvestitionen	- 0,9	6,5	8,1	7,6	7,7	8,4	8,2	7,0
Bauten	4,4	9,0	9,7	5,1	11,4	8,1	5,9	4,4
Ausrüstungen	- 10,0	5,2	6,6	13,5	2,3	10,7	14,5	12,6
Sonstige Anlageinvestitionen	1,4	1,8	5,8	5,5	5,7	5,9	5,6	5,4
Inländische Verwendung	- 3,1	6,2	8,0	6,0	8,8	7,2	7,5	4,6
Exporte	- 9,7	15,9	16,1	4,9	18,3	14,0	7,2	2,7
Importe	- 10,8	17,9	21,5	2,8	26,9	16,9	4,1	1,5
Bruttoinlandsprodukt	- 3,0	6,0	6,2	7,0	6,0	6,3	9,0	5,1

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 294,7	2 318,9	2 406,9	2 491,1	1 168,2	1 238,7	1 226,4	1 264,7
Private Haushalte²	1 615,2	1 617,4	1 699,6	1 773,2	817,3	882,3	873,0	900,2
Staat	678,5	699,6	706,3	717,3	350,0	356,3	353,1	364,2
Anlageinvestitionen	664,4	674,1	687,0	717,5	328,8	358,2	345,0	372,5
Bauten	324,5	326,7	327,9	333,1	159,8	168,1	163,2	170,0
Ausrüstungen	207,9	214,9	221,8	244,4	103,1	118,7	114,4	129,9
Sonstige Anlageinvestitionen	130,3	131,2	136,8	142,0	65,1	71,8	67,6	74,4
Inländische Verwendung	2 941,5	3 006,1	3 101,6	3 218,5	1 503,7	1 597,9	1 578,5	1 640,0
Exporte	1 431,4	1 573,5	1 655,8	1 699,5	822,2	833,6	849,1	850,4
Importe	1 278,2	1 396,5	1 495,5	1 539,4	728,2	767,3	757,5	781,9
Bruttoinlandsprodukt	3 096,7	3 186,3	3 266,3	3 383,3	1 599,2	1 667,1	1 672,6	1 710,7

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	- 3,2	1,1	3,8	3,5	4,6	3,0	5,0	2,1
Private Haushalte ²	- 5,9	0,1	5,1	4,3	6,3	4,0	6,8	2,0
Staat	3,5	3,1	1,0	1,6	1,0	0,9	0,9	2,2
Anlageinvestitionen	- 2,2	1,5	1,9	4,4	0,0	3,7	4,9	4,0
Bauten	2,5	0,7	0,4	1,6	- 1,0	1,8	2,1	1,1
Ausrüstungen	- 11,2	3,4	3,2	10,2	- 0,7	6,9	11,0	9,5
Sonstige Anlageinvestitionen	1,0	0,7	4,3	3,8	4,3	4,2	3,9	3,7
Inländische Verwendung	- 4,0	2,2	3,2	3,8	3,1	3,2	5,0	2,6
Exporte	- 9,3	9,9	5,2	2,6	6,3	4,2	3,3	2,0
Importe	- 8,6	9,3	7,1	2,9	7,9	6,3	4,0	1,9
Bruttoinlandsprodukt	- 4,6	2,9	2,5	3,6	2,7	2,4	4,6	2,6

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,6	3,1	4,7	1,9	5,1	4,4	2,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	3,3	3,0	3,2	1,7	4,5	2,0	1,7	1,7
Anlageinvestitionen	1,4	5,0	6,1	3,0	7,6	4,6	3,2	2,9
Bauten	1,9	8,3	9,2	3,5	12,5	6,2	3,7	3,2
Ausrüstungen	1,3	1,7	3,3	3,0	3,0	3,6	3,2	2,9
Exporte	- 0,4	5,4	10,3	2,2	11,4	9,4	3,8	0,7
Importe	- 2,4	8,0	13,5	- 0,2	17,6	9,9	0,1	- 0,4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,0	3,6	3,3	3,3	3,8	4,2	2,4

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 379,3	2 449,2	2 546,8	2 644,5	1 236,1	1 310,7	1 290,5	1 354,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	338,0	349,2	357,9	370,6	173,0	185,0	178,0	192,6
Bruttolöhne und -gehälter	1 514,1	1 571,2	1 644,4	1 701,9	779,6	864,8	806,2	895,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	527,2	528,8	544,5	572,1	283,5	261,0	306,3	265,8
Primäreinkommen der übr. Sektoren	423,6	535,3	608,4	746,6	253,9	354,5	348,5	398,1
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 802,8	2 984,5	3 155,2	3 391,1	1 490,0	1 665,2	1 639,0	1 752,1
Abschreibungen	658,4	694,0	740,0	775,1	364,1	375,9	383,0	392,1
Bruttonationaleinkommen	3 461,3	3 678,5	3 895,2	4 166,2	1 854,1	2 041,1	2 022,0	2 144,2
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 528,2	2 697,8	2 809,5	3 022,0	1 323,7	1 485,8	1 453,8	1 568,2
Arbeitnehmerentgelt	1 852,1	1 920,4	2 002,3	2 072,4	952,6	1 049,7	984,2	1 088,2
Unternehmens- und Verm.einkomm	676,1	777,4	807,2	949,6	371,1	436,1	469,6	480,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	- 1,6	2,9	4,0	3,8	4,1	3,9	4,4	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,0	3,3	2,5	3,5	2,2	2,7	2,9	4,1
Bruttolöhne und -gehälter	- 0,7	3,8	4,7	3,5	5,5	3,9	3,4	3,6
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	- 0,1	3,5	3,3	2,8	3,8	2,9	2,7	2,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 6,5	0,3	3,0	5,1	1,6	4,5	8,0	1,9
Primäreinkommen der übr. Sektoren	- 19,8	26,4	13,6	22,7	10,5	16,0	37,3	12,3
Nettonationaleink. (Primäreink.)	- 4,9	6,5	5,7	7,5	5,1	6,3	10,0	5,2
Abschreibungen	3,0	5,4	6,6	4,7	7,2	6,1	5,2	4,3
Bruttonationaleinkommen	- 3,5	6,3	5,9	7,0	5,5	6,2	9,1	5,1
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	- 3,1	6,7	4,1	7,6	3,1	5,1	9,8	5,5
Arbeitnehmerentgelt	- 0,2	3,7	4,3	3,5	4,9	3,7	3,3	3,7
Unternehmens- und Verm.einkomm.	- 10,2	15,0	3,8	17,6	- 1,1	8,5	26,5	10,1

RWI Konjunkturbericht 73 (1)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 540,1	1 595,7	1 657,2	1 719,1	790,0	867,2	819,3	899,9
Nettolöhne und -gehälter	1 021,3	1 064,2	1 117,5	1 156,0	523,1	594,5	540,4	615,6
Monetäre Sozialleistungen	659,1	674,0	685,6	711,1	339,7	345,9	352,6	358,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	140,3	142,5	146,0	148,0	72,7	73,2	73,7	74,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	527,2	528,8	544,5	572,1	283,5	261,0	306,3	265,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 92,1	- 111,2	- 92,7	- 82,2	- 44,0	- 48,7	- 34,4	- 47,8
Verfügbares Einkommen	1 975,2	2 013,3	2 108,9	2 209,0	1 029,5	1 079,4	1 091,2	1 117,9
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	59,9	60,8	67,9	83,0	32,1	35,8	40,3	42,7
Konsumausgaben	1 708,0	1 763,0	1 939,9	2 063,2	927,4	1 012,5	1 014,1	1 049,0
Sparen	327,1	311,1	237,0	228,9	134,2	102,8	117,3	111,6
Sparquote (%) ⁶	16,1	15,0	10,9	10,0	12,6	9,2	10,4	9,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,9	3,6	3,9	3,7	3,0	4,6	3,7	3,8
Nettolöhne und -gehälter	- 0,1	4,2	5,0	3,4	5,4	4,6	3,3	3,6
Monetäre Sozialleistungen	8,1	2,3	1,7	3,7	- 0,8	4,3	3,8	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,8	1,5	2,5	1,4	2,0	2,9	1,4	1,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	- 6,5	0,3	3,0	5,1	1,6	4,5	8,0	1,9
Verfügbares Einkommen	0,8	1,9	4,8	4,7	3,2	6,3	6,0	3,6
Konsumausgaben	- 5,3	3,2	10,0	6,4	11,7	8,6	9,4	3,6
Sparen	49,6	- 4,9	23,8	- 3,4	31,8	10,1	12,6	8,6

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	773,4	872,9	896,3	955,9	444,3	452,0	481,5	474,4
Nettosozialbeiträge	607,9	632,8	654,5	679,5	317,2	337,4	328,4	351,2
Vermögenseinkommen	19,8	15,8	19,2	19,8	11,5	7,7	11,9	8,0
Sonstige Transfers	24,2	33,5	34,6	36,2	16,5	18,0	17,3	18,9
Vermögenstransfers	15,5	17,2	17,2	21,0	7,6	9,7	8,9	12,1
Verkäufe	125,9	133,4	137,1	140,9	62,7	74,4	64,4	76,5
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 566,9	1 705,8	1 759,1	1 853,5	859,8	899,3	912,4	941,1
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	520,5	560,5	584,6	608,0	282,6	301,9	293,3	314,7
Arbeitnehmerentgelt	284,1	294,1	302,9	306,2	147,1	155,8	146,7	159,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	21,0	22,1	21,6	11,0	11,1	10,9	10,7
Subventionen	71,3	105,0	66,2	71,6	31,9	34,3	34,4	37,2
Monetäre Sozialleistungen	595,1	609,0	617,8	641,1	305,9	311,9	317,8	323,3
Sonstige laufende Transfers	82,5	90,1	93,3	98,1	44,7	48,6	46,5	51,6
Vermögenstransfers	48,0	68,1	56,7	58,7	21,9	34,8	22,7	36,0
Bruttoinvestitionen	90,9	91,7	105,5	119,6	43,7	61,8	50,4	69,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,2	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7
Insgesamt	1 712,1	1 838,2	1 847,8	1 923,6	888,2	959,7	922,0	1 001,5
Finanzierungssaldo	- 145,2	- 132,5	- 88,8	- 70,1	- 28,4	- 60,4	- 9,6	- 60,5

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
 Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2020	2021	2022	2023	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	- 6,5	12,9	2,7	6,7	6,7	- 1,0	8,4	5,0
Nettosozialbeiträge	1,6	4,1	3,4	3,8	3,7	3,2	3,5	4,1
Vermögenseinkommen	- 8,9	- 19,9	21,5	3,1	38,0	3,0	3,0	3,3
Sonstige Transfers	- 6,5	38,2	3,2	4,7	4,9	1,8	4,7	4,7
Vermögenstransfers	13,5	11,1	- 0,1	21,7	0,0	- 0,2	17,5	25,0
Verkäufe	- 0,7	6,0	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	- 2,9	8,9	3,1	5,4	5,5	1,0	6,1	4,6
Ausgaben								
Vorleistungen *	7,4	7,7	4,3	4,0	5,7	3,0	3,8	4,2
Arbeitnehmerentgelt	4,2	3,5	3,0	1,1	4,0	2,0	- 0,2	2,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 23,4	0,2	5,2	- 2,2	- 0,9	12,1	- 0,9	- 3,5
Subventionen	130,2	47,3	- 36,9	8,2	- 41,8	- 31,6	7,6	8,7
Monetäre Sozialleistungen	8,9	2,3	1,4	3,8	- 1,3	4,3	3,9	3,7
Sonstige laufende Transfers	10,5	9,2	3,6	5,1	3,6	3,6	4,0	6,1
Vermögenstransfers	10,2	42,0	- 16,7	3,4	8,1	- 27,2	3,6	3,3
Bruttoinvestitionen	8,7	0,9	15,0	13,4	10,6	18,3	15,5	11,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögengsgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,6	7,4	0,5	4,1	0,1	0,9	3,8	4,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.